Angehörigen Info

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

C 10190 20.1.2004 Preis: 1,55 € 281

Ein neues Jahr

Wir freuen uns, dass Rolf-Clemens Wagner nach 24 Jahren Gefängnis im Dezember frei kam, und wünschen ihm alles Gute.

Wir grüßen die Gefangenen aus der RAF, die nach wie vor, teilweise seit weit mehr als zwei Jahrzehnten, inhaftiert sind: Eva Haule, Birgit Hogefeld, Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt.









Die Forderung nach Freiheit aller Gefangenen aus der RAF bleibt unsere Forderung.

Rolf-Clemens Wagner wurde von Bundespräsident Rau begnadigt. Es scheint, als ließe der bundesdeutsche Staat den letzten Gefangenen aus der RAF keinen anderen Weg, das Gefängnis vor Ablauf der vernichtend langen Haftstrafen zu verlassen, als den der „Begnadigung". Aber das letzte Kapitel dieser Auseinandersetzung, die viele Jahre der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte mit geprägt hat, wird erst geschrieben werden, wenn nicht nur der letzte Gefangene aus der RAF entlassen ist, sondern wenn die Archive geöffnet sind und die Verbrechen, die staatliche Institutionen bei der Verfolgung und Bekämpfung der RAF begangen haben, enthüllen.
C.S.

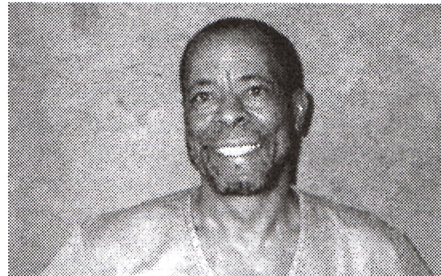
Black Panthers über 30 Jahre in Haft

Endlich Freiheit für Sundiata Acoli, Herman Bell ...

Nach über 30 Jahren in Haft haben die ehemaligen Mitglieder der Black Panther Party (BPP) Sundiata Acoli und Herman Bell ihre Anhörungen bei der Strafaussetzungskommission.

Sundiata Acoli

Anfang der sechziger Jahren war Sundiata Acoli aktiv in der US-Bürgerrechtsbewegung und beteiligte sich 1964 am „Mississippi Freedom Summer", eine Kampagne



zur Unterstützung der Schwarzen bei der Durchseztung ihres Wahlrechts.

1968 trat er der Harlem Ortsgruppe der BPP bei. Im Züge von COINTELPRO, eines Aufstandsbekämpfungsprogramms des FBI, wurden Haftbefehle aufgrund fingierter Beweise für die gesamte 21-köpfige politische Führung der Ostküste erlassen. Es gelang den Sicherheitskräften, 14 Menschen zu verhaften, u.a. Sundiata Acoli, Afeni Shakur (die Mutter von Tupac Shakur), Dhoruba Bin Wahad (der 19 Jahre lang unschuldig in Haft saß), Jamal Joseph, Kwando Kinshasha, Shaba Om und Ali Bey Hassan. Nach über zwei Jahren Untersuchungshaft wurden die „Panther 21" vor Gericht gestellt. In weniger als zwei Stunden befand die Jury alle Angeklagten für nicht schuldig.

Nach seiner Freilassung setzte Acoli seine politischen Aktivitäten fort. Infolge der ständigen Schikanen und Repression der Polizei gegen die BPP entschied er sich, im Untergrund zu arbeiten.

Im Mai 1973 wurden Acoli und seine beiden Mitreisenden, Assata Shakur und Zayd Shakur, von der Polizei wegen eines angeblich defekten Autorücklichts angehalten. Es kam zu einer Schießerei, bei der Zayd Shakur und ein Polizist starben und Assata Shakur schwer verwundet wurde. Acoli konnte entkommen, wurde aber wenige Tage später verhaftet und wegen Mordes angeklagt.

Verurteilt zu lebenslänglich plus 30 weiteren Jahren, wurde er in den neu gebauten Hochsicherheitstrakt im Trenton-Gefängnis, New Jersey, gebracht. Nachdem 1979 „International Jurist" ein Interview mit ihm führte und ihn anschließend zum politischen Gefangenen erklärte, wurde er einige Tage später mitten in der Nacht in das berüchtigte Bundesgefängnis in Marion, Illinois, verlegt. Nach acht Jahren wurde er nach Leavenworth, Kansas, und 1994 ins Allenwood-Gefängnis, Pennsylvania, verlegt.

Im Herbst 1992 hatte er seine erste Anhörung über eine mögliche vorzeitige Entlassung. Ihm wurde es verboten, bei der Anhörung persönlich anwesend zu sein, und er durfte nur per Telefon Fragen beantworten. Nach dem Telefongespräch wurde ihm mitgeteilt, dass eine neue Anhörung erst nach zwanzig Jahren möglich wäre.

Acolis Familie, Freunde und Unterstützer haben vor Monaten eine Kampagne initiiert und sammeln Unterschriften und Briefe für seine Freilassung, die sie der Kommission vorlegen werden. Außerdem ist Acoli mittlerweile 67 Jahre alt und im Strafaussetzungsgesetz New Jerseys von 1979 steht: „...Gefangene werden vorzeitig freigelassen, außer es gibt überwiegende Belege dafür, dass der Insasse eine Straftat begehen würde, sollte er freigelassen werden".

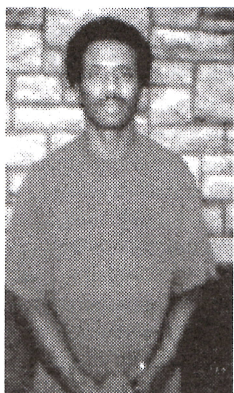
Ob dieses Gesetz auch rückwirkend gilt, ist unbekannt. Sollte aber die Strafaussetzungskommission geneigt sein, diesem Gesetz doch folgen zu wollen, oder Acoli sonst vorzeitig zu entlassen, dann muss sie sich mächtigen Gegner gegenüber durchsetzen.

Wie in allen Fällen von politischen Gefangenen, ob bei vorzeitiger Entlassung oder sonst was, ist einer der lautstärksten Gegner immer die Polizei. Auf der Inter-

netseite www.stopsundiata.com informiert die New-Jersey-Polizei über ihre Kampagne gegen eine vorzeitige Entlassung von Acoli.

Acolis Anhörung ist für den Zeitraum ab dem 2. Januar terminiert. Weder auf der Unterstützerseite (http://www.mumia.org/sundiata/index2.html) noch auf der Seite der Polizei gibt es derzeit Information über einen genauen Termin bzw. Ausgang der Anhörung.

Herman Bell



Herman Bell wurde am 2. September 1973 in Louisiana verhaftet. Ihm und seinen beiden Mitangeklagten Jalil Muntaqim und dem im April 2000 im Knast verstorbenen Albert 'Nuh' Washington wurde der Mord an zwei Polizisten zur Last gelegt.

Im ersten Verfahren konnte sich die Jury über einen Schuldspruch nicht einigen. Im zweiten Verfahren wurden die „New York 3" für schuldig gefunden und zu 25 Jahren bis lebenslänglich verurteilt. Der Schuldspruch erfolgte aufgrund mehrerer Falschaussagen und der Zurückhaltung von entlastenden Beweisen. Ein Genosse wurde von der Polizei brutal misshandelt, um eine Falschaussage zu erzwingen, und ein weiterer machte einen Deal mit der Polizei. Die Staatsanwaltschaft hielt eine entlastende ballistische Untersuchung zurück, während ein Polizeibeamte aussagte, dass die ballistischen Beweise eindeutig wären.

Ein Berufungsrichter bestätigte, dass die Polizei gelogen hatte und der Untersuchungsbericht unterschlagen wurde, lehnte eine Aufhebung der Verurteilung aber mit der Begründung ab, dass es andere belastende Beweise gegeben hätte. Diese Beweise stehen nicht mehr zur Verfügung, da die Polizei alles vernichtet hatte.

Bell, der mittlerweile diplomierter Soziologe ist, arbeitet seit Jahren im Knast als Sozialberater und Knastanwalt und hat nie den Kontakt zur schwarzen Community, die für seine Freilassung aktiv ist, verloren. U.a. war er vor sieben Jahren beteiligt bei der Gründung des Victory Gardens Project, einem städtischebaulichen Projekt zum Anbau von Nahrungsmittel, die kostenlos in den Communities verteilt werden.

Weder sein Werdegang im Knast noch die Tatsache, dass er über die Hälfte seines Lebens inhaftiert ist, interessiert die New Yorker Polizei. Über ihre Webseite und Artikel und Leserbriefen an die Zeitung New York Post macht sie klar, dass er, wie auch Jalil Muntaqim, der eine Anhörung im Juli hat, im Knast verrotten soll.

•

Herman Wallace, „Angola 3"

Berichte aus Camp J

Seit 32 Jahren wird Herman Wallace (auf dem Bild links) in Isolationshaft gehalten. Wallace und seinen beiden Genossen Albert Woodfox und Robert King Wilkerson sind bekannt als die „Angola 3". Woodfox hat die letzten 32 Jahren fast ausschließlich in Isolationshaft verbracht. Wilkerson, der im Februar 2001 entlassen wurde, verbrachte 29 Jahren in Isolationshaft.

Im März 2002 wurde Wallace nach Camp J, ein Straftrakt, in dem eine noch striktere Form der Isolationshaft angewandt wird, verlegt. Anfang des Jahres wurde seine Strafe noch mal verlängert.

Hier ein Auszug aus seinen Berichten aus Camp J:

„In den frühen Morgenstunden des 7. März 2002 und noch mal gegen 20 Uhr wurde meine Zeile von den Sicherheitskräften nach Schmuggelware durchsucht. In beiden Fälle wurde nichts gefunden.

Am 8. März 2002 wurde meine Zelle noch mal durchsucht, während ich im Gefängnishof war. Diesmal behauptete Schließer Cole, einen „Shim" (ein Stück Metall, womit man Schlösser öffnen kann) gefunden zu haben. Ich wurde sofort in ein Verlies des Isolations-/Hochsicherheitstrakts gebracht.

Am 12. März 2002 wurde ich vor eine Disziplinarkommission gebracht und für schuldig gefunden. (Ich möchte klarstellen, dass ich unschuldig bin. Ich habe das Stück Metall nie gesehen und es hat mir nie gehört. Während der Anhörung erklärte ich mich bereit, mich einem Lügendetektortest zu unterziehen, um meine Unschuld zu beweisen, was mir verweigert wurde.)

Bevor ich nach Camp J [Straftrakt] verlegt wurde, blieb ich noch weitere 30 Tage auf dem Trakt. Einige andere Gefangene wurde gleichzeitig mit mir am 11. April verlegt. Ca. 90 Tage später, am 3.Juli 2002, traf sich die Reklassifizierungskommission und stufte alle, die die Maßnahme mit mir zusammen begonnen hatten, auf Stufe drei ein, meine Einstufung ließen sie absichtlich auf Stufe eins bestehen.

Am 9. Oktober 2002 beschlagnahmten die Sicherheit die Zeitschrift „Das Wiedersehenstreffen zum 35. Jahrestag der Black Panther Party", welches Bilder und Artikel von Albert Woodfox und mir enthält.

Es gab weder eine schriftliche noch eine mündliche Erklärung über den Besitz verbotener Schriftstücke. Ich entschied mich, einen Brief an Gefängnisdirektorin Shirley Coody zu verfassen, um sie auf die Konfiszierung aufmerksam zu machen. Insbesondere machte ich darauf aufmerksam, dass solche Literatur für meine zivilrechtlichen und strafrechtlichen Prozesse relevant sei. Direktorin Coody antwortete den Brief nicht. (...) Am 9. Oktober kamen einige Lieutenants in meine Zelle und forderten mich auf, meine Sachen zu packen. Ich bin davon ausgegangen, daß ich in den Hochsicherheitstrakt zurückverlegt werde, da meine Strafe längst abgelaufen war.

Stattdessen wurde ich in einen anderen Trakt verlegt, ohne meine Sachen. Die Sicherheit hatte meine ganzen Sachen auf der Suche nach illegalen Waren auf dem Fußboden der Eingangshalle zerstreut. Zwanzig Minuten später wurde ich wieder gefesselt und in den Kerker gebracht. Während sie mich dorthin brachten, führten sie mich absichtlich an der Eingangshalle vorbei, sodass ich sehen konnte, wie die Sicherheit ... auf meine Bilder trat und meine Briefe und Prozessdokumente überall zerstreuten. Alles nur, um mich zu provozieren. Ich hielt den Mund und sagte nichts, außer dass ich fragte, warum ich in den Kerker verlegt werde. Mir wurde gesagt, dass ich es früher oder später erfahren wurde.

Kurz nachdem ich in den Kerker gebracht wurde, ... näherte sich die Direktorin meiner Zelle. Sie erwähnte die Black Panther-Zeitschrift und ich informierte sie über die Einzelheiten meines Falles, die im Zusammenhang mit der Ideologie der mittlerweile nicht mehr existierende Black Panther Party stehen. Sie erklärte mir, dass alles untersucht wird. Noch mal bat ich um eine schriftliche Bestätigung der Vorwürfe. Sie erzählte mir, dass dies in Bearbeitung sei.



Auf dem Weg zur Dusche, zur Telefonzelle und während des Appells wurde ich gezwungen, schwere eiserne Fußfesseln zu tragen, welche die Haut aufreißen. Mir wurde es verboten, Socken zu tragen, weil sie das Metall direkt an der Haut haben wollen. Viele der Männer weigern sich zu duschen, wegen der Schmerzen, die sie auf den Weg dorthin und zurück ertragen müssen. (...) Ich zeigte meiner Schwester und drei Freundinnen, die mich am 13. Oktober besuchten, die Wunden an meinen Hacken. Sie waren schockiert zu sehen, wie mir das Blut die Hacken runterlief. (...)

Ich wurde aus dem Kerker erst verlegt, nachdem ich am 28.Oktober 2002 vor die Disziplinarkommission gebracht worden war. Und zum ersten Mal wurden mir dort die Vorwürfe gegen mich mitgeteilt. Sie befanden mich schuldig, im Besitz einer Zeitschrift über und Bildern von der Black Panther Party und „rassistischem und gangbezogenem Material" gewesen zu sein. Was mir nicht in den Kopf geht, ist, dass sie mir die Black Panther-Bilder zurückgaben.

(...)"

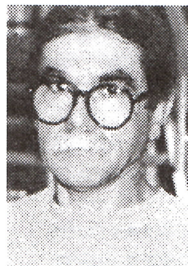
Weitere Information unter: www.prisonactivist.org/angola/

Oscar López Rivera

Schikane gegen puertoricanischen Kriegsgefangenen

Oscar López Rivera wurde 1981 verhaftet und zu 55 Jahren wegen seiner Beteiligung am Kampf für die Unabhängigkeit Puerto Ricos verurteilt. Weitere 15 Jahre bekam er 1988 wegen eines geplanten Ausbruchversuchs. Wie andere puertoricanischen Freiheitskämpfer auch weigerte sich Rivera, sich zu verteidigen in einem Gericht der Kolonialmacht, und forderte die Anerkennung als Kriegsgefangener. Von der US-Regierung als „Terrorist" bezeichnet, verbrachte er viele Jahre in Hochsicherheitsgefängnissen wie Marion in Illinois und Florence, Colorado. Während seiner Haft in Marion schrieb er: „... ich, als Kolonisierter, war nie ein freier Mensch, daher hatte ich nur eine Wahl, für meine Freiheit mit allen notwendigen Mittel zu kämpfen ... in der Diaspora, in Puerto Rico und sogar in den ‚Toiletten [des Bundesgefängnisses] Atlantas."

Terre Haut ist, wie das US-Gefängnissystem allgemein, nicht gerade berühmt für seine zügige und adäquate medizinische Behandlung der Gefangenen. Im März 2003 diagnostizierte der Gefängnisarzt einen doppelten Leistenbruch bei Rivera und empfahl einen medizinischen Eingriff. Nach monatelangen Schmerzen bekam er einen weiteren Termin beim Arzt. Dieser erklärte ihm, die Empfehlung liege immer noch bei der Gefängnisbehörde und nur sie könne eine Operation genehmigen.



Nachdem Unterstützer von Rivera eine Protestbriefkampagne organisierten, an der auch mehrere Kongressabgeordneten teilnahmen, wurde Rivera Mitte Dezember endlich operiert. Aber nur auf der einen Seite. Warum nicht gleich auf beiden, bleibt das Geheimnis der Gefängnisbehörde.

Ihm wurde nicht mitgeteilt, ob die Schnittwunde genäht oder geklammert wurde, ob die Stiche/Klammer gezogen werden müssen oder ob sie sich auflösen. Nach dem Eingriff wurde er an den Händen und Füßen gefesselt und musste trotz Schmerzen ohne Hilfe in den Gefangenentransporter hochsteigen. Am Gefängnis angelangt, musste er wieder ohne Hilfe von Transporter absteigen und zum Gefängniskrankenhaus und von dort aus zurück zu seiner Zelle gehen. Hätte er wegen der Schmerzen um einen Rollstuhl gebeten, wäre er in den Einzelhafttrakt gebracht worden.

Gefragt nach dem bleibenden Leistungsbruch, meint er: „Es wird lange dauern bevor ich die andere Seite machen lass."

Repression nach Protesten in Santa Fu

Ilhan Yelkuvan im Hungerstreik



Gefängnisse stellen eine gesellschaftliche Angelegenheit dar. Von daher müssen die Probleme in den Gefängnissen in die öffentliche Diskussion mit eingebracht werden, wo demokratisch nach Lösungsansätzen für eventuelle Probleme gesucht werden muss.

Aus dem Grund finden wir die Herangehensweise der Gefängnisleitung des Fuhlsbütteler Gefängnisses falsch. Als falsch betrachteten wir auch damals die neue Telefonregelung, die bei den Gefangenen allgemein keine Zustimmung gefunden hatte und fernab jeglicher Diskussion von der Gefängnisleitung eingeführt worden war. Sie führte zu Einschränkungen der Kontakte nach draußen; in erster Linie betraf es die ausländischen Gefangenen, die ihre Angehörigen im Ausland haben. Schon damals berichteten die Gefangenen, dass sie weitere Einschränkungen erwarten würden. Zu diesen weiteren Einschränkungen wurden die Gefangenen nicht gefragt, geschweige denn aufgeklärt. Sie existierten unter den Gefangenen lediglich gerüchteweise.

Da diese Missstände und Einschränkungen der Rechte in diesem Gefängnis existieren, sind Proteste nicht verwunderlich. Denn welche Mittel besitzen die Gefangenen in diesem Gefängnis, um auf ihre Meinung aufmerksam zu machen?

Seit dem 18. Dezember 2003 befindet sich der Gefangene Ilhan Yelkuvan in einem unbefristeten Hungerstreik, den er nach eigenen Angaben bis zur Aufhebung der Isolationshaft führen wird, die gegen ihn praktiziert wird. Er gehörte zu den Gefangenen, die am 18. Dezember in das Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis verlegt worden waren. Bei dieser Verlegung wurde er ausgezogen und geschlagen. Im Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis wurden ihm Zucker und Salz verweigert, obwohl er sich im Hungerstreik befand. Die Briefe, die er von dort aus geschrieben hatte, kamen bei den Empfängern nicht an.

Seit dem 5. Januar befindet er sich wieder im Gefängnis von Fuhlsbüttel, wo er in einer Zelle im D1-Bereich isoliert wird. Des weiteren befinden sich nach Angaben Ilhan Yelkuvans weitere 8 Personen in Isolationszellen.

Zu den Vorwürfen gegen ihn sagt er, dass diese nicht zutreffen würden. Er habe mit der Vorbereitung dieser Proteste nichts zu tun. Er sei von anderen Gefangenen denunziert worden. Darüber hinaus sei die Gefängnisleitung auf der Suche nach solchen „Ausschreitungen" gewesen, um die Einschränkungen und den Einschluss irgendwie begründen zu können. Zu den „Ausschreitungen": Ilhan Yelkuvan hat uns erzählt, dass es an drei Tagen Proteste gegeben haben soll, die jeweils ca. 5 Minuten gedauert haben sollen. Dabei sei Lärm gemacht worden. Weder die „Geiselnahme" noch „das Legen von Feuer" entsprächen der Wahrheit. An diesen Protesten sollen sich ca. 300 der 450 Gefangenen beteiligt haben.

Während im gesamten Gefängnis Einschluss herrscht, was die Isolierung aller Gefangenen bedeutet, befinden sich weiterhin mehrere Gefangene in abgesonderten Bereichen. Das heißt, sie befinden sich 23 Stunden am Tag alleine in einer Zelle. Für eine Stunde am Tag haben sie Hofgang, den sie zu dritt in einem kleineren Hof machen.

Das Praktizieren von Isolationshaft ist für uns nicht akzeptabel. Es bedeutet gleichzeitig die Isolierung der Sinnesorgane, die unter Isolationsbedingungen ihre Arbeit nicht verrichten können. Dieses führt dazu, dass die Sinnesorgane allmählich abstumpfen. Darüber hinaus hinterlässt Isolationshaft ernsthafte Schäden bei der Psyche des Menschen.

Isolationshaft ist mit der Würde des Menschen nicht vereinbar.

Die Isolationshaft, die gegen die Gefangenen praktiziert wird, muss aufgehoben werden. Der Forderung Ilhan Yelkuvans, der sich heute im 28. Tag seines Hungerstreiks befindet, nach Aufhebung der Isolationshaft muss akzeptiert werden.

Bereits vor einigen Jahren wurde gegen Ilhan Yelkuvan Isolationshaft praktiziert. Auch damals protestierte er dagegen mit einem Hungerstreik, den er später in ein Todesfasten umwandelte. 63 Tage dauerte der Widerstand Ilhan Yelkuvans, bis der Staat nachgab und die Isolationshaft gegen ihn aufhob und ihn in das Santa Fu Gefängnis verlegte.

Wir möchten nicht, dass sich etwas derartiges wiederholt, und fordern die Aufhebung der Isolationshaft gegen Ilhan Yelkuvan!

TAYAD Komitee

Aufruf zum 18. März

Von Stammheim bis Guantanamo!

Krieg dem imperialistischen Krieg und der weltweiten Kriminalisierung!

Der 18.März hat als internationaler Kampftag für die Freilassung der politischen Gefangenen eine lange Tradition in der revolutionären Bewegung.

Entstanden in den Tagen der Pariser Kommune (1871), hat die Internationale Rote Hilfe diesen Tag in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts weitgehend durchgesetzt. Die durch Faschismus und Antikommunismus verdrängte Tradition wurde Mitte der 90er Jahre wieder aufgegriffen. Wir wollen auch 2004 mit vielfältigen Aktionen um den 18. März unsere Solidarität mit den revolutionären politischen Gefangenen weltweit auszudrücken.

Krieg und Repression

Spätestens seit dem 11. September 2001 läuft unter dem Stichwort ‚Krieg gegen den Terror' eine Kriminalisierungsstrategie gegen alle Kräfte und Individuen, die grundlegende Widersprüche zur kapitalistischen Weltordnung haben. Ihren Ausdruck findet diese Strategie in den „Terrorlisten" von USA und EU, in denen neben einigen islamistischen Gruppen vor allem jene Parteien, Befreiungsbewegungen und teilweise auch Einzelpersonen aufgeführt sind, die teilweise seit Jahrzehnten in ihren Ländern gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen, wie z.B. die baskische Unabhängigkeitsbewegung und revolutionäre türkische Gruppierungen, um nur einige zu nennen.

Das Internierungslager auf dem illegalen US-Stützpunkt Guantanamo auf Cuba könnte ein Modellfall für eine neue Art von Repression werden. Die dort Inhaftierten sind vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten, jegliche Verbriefung ihrer bürgerlichen Rechte werden negiert. Das „BRD-Modell Stammheim" der 70er Jahre mit seinen Isolationstrakten und Kontaktsperregesetze lässt grüßen. Auch wenn in Guantanamo überwiegend Menschen inhaftiert sind, die nichts mit emanzipatorischer Politik zu tun haben, ist das Lager ein Pilotprojekt für alle Teile der Bevölkerung, die im tatsächlichen oder vermeintlichen Widerspruch zur imperialistischen oder staatlichen Politik stehen.

Beispiel Lateinamerika:

Der Imperialismus versucht auch in vielen Ländern Lateinamerikas, seine alten Machtstrukturen zu erhalten. So sollen in Kolumbien die Befreiungsbewegungen FARC und ELN zerschlagen werden, die großen Rückhalt in der Bevölkerung haben. Von den USA unterstützte rechtsoppositionelle Strömungen versuchen, die linkssoziale Chavez-Regierung in Venezuela zu stürzen. In Bolivien kämpfen indigene Bewegungen für soziale Rechte und Autonomie. All diese Bewegungen sind mit einer von den USA unterstützte Repressionsmaschinerie konfrontiert.

Beispiel Iran:

Das reaktionäre und konterrevolutionäre Regime im Iran hat jahrzehntelang Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik gegen Frauen und politische Oppositionelle praktiziert. So wurden im Jahre 1988 innerhalb weniger Tage Tausende politische Gefangene massakriert. Zur Enthüllung dieser jahrzehntelangen Verbrechen werden iranische GenossInnen auf einer Veranstaltung über die lange Geschichte von Repression und politische Gefangenschaft berichten.

Beispiel Baskenland:

Vor über einem Jahr wurde die Berlinerin Gabriele Kanze an den spanischen Folterstaat ausgeliefert. Seitdem sitzt sie wegen angeblicher Unterstützung der baskischen Unabhängigkeitsorganisation ETA in Untersuchungshaft. Ihr Prozess wird frühestens in der zweiten Jahreshälfte beginnen. Ein weiterer Prozess wird dieses oder nächstes Jahr gegen den baskischen Aktivisten Paulo Elkoro stattfinden, der im November 2003 von der deutschen Justiz an Spanien ausgeliefert wurde. Ihm wird Mitgliedschaft und Unterstützung der ETA vorgeworfen.

Beispiel Türkei:

Seit nunmehr über drei Jahren führen politische Gefangene in der Türkei den weltweit längsten Hungerstreikkampf. Sie sind seit dem 20. Oktober 2000 im Todesfasten, bei dem mittlerweile 107 Gefangene ihr Leben verloren haben. Sie kämpfen gegen das in der Türkei F-Typ-Zellen genannte Isolationshaftmodell Stammheim, das aus Deutschland exportiert wurde.

Beispiel GlobalisierungskritikerInnen:

Dass Hungerstreiks schon immer ein Kampfmittel politischer Gefangener war, zeigten die griechischen GlobalisierungskritikerInnen, die im Herbst 2003 mit einem mehrwöchigen Hungerstreik ihre Freilassung aus der Untersuchungshaft erreichten. Sie waren Ende Juni 2003 während der Proteste gegen den EU-Gipfel in Thessaloniki inhaftiert worden. Die Repression gegen GlobalisierungskritikerInnen hat seit den Erfolgen der Bewegung in Seattle, Prag, Göteborg und Genua zugenommen. An ihren Widerstand hält die Bewegung trotz Ausreiseverboten, Grenzkontrollen sowie zahlreicher Verhafteter, Verletzter und mehrerer Toter (bekanntes Beispiel Carlos Guiliani in Genua) weiterhin fest.

Solidarität ist eine Waffe!

Uns geht es bei unseren Aktionen zum 18. März immer auch darum, die anhaltende Repression gegen politischen Widerstand in der BRD anzugreifen. Noch immer sind 4 Gefangene aus der ehemaligen RAF teilweise seit über 20 Jahren inhaftiert: Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Eva Haule und Birgit Hogefeld. Das 129a-Verfahren gegen linke Strukturen in Magdeburg zeigt, dass die Herrschenden nach wie vor solche Bewegung kriminalisieren und zerschlagen wollen. Dieses Kalkül ist nicht aufgegangen, weil die drei Magdeburger Genossen Carsten, Daniel und Marco trotz längerer Inhaftierung ihre politische Identität verteidigten und die Solidaritätsbewegung sich nicht spalten ließ. Das wird auch weiterhin nötig sein. Denn Daniel und Marco wurden zur längeren Haftstrafen verurteilt, und weitere Verfahren gegen Magdeburger Linke sind im Gange.

Kriminalisierung beginnt nicht erst, wenn GenossInnen inhaftiert sind, sondern bei Abhörmanövern und den vielfältigsten Formen der Bespitzelung, die durch moderne Technologien (Computer, Handys) eine für Laien oft undurchschaubare Dimension haben. Wir wollen daher in unserer Mobilisierung auch eine rationale Diskussionen darüber beginnen.

„Sag den GenossInnen auf der Konferenz, dass die Menschen in den Gefängnissen, in den Dörfern und Städten, auf den Feldern des Südens die Hoffnung in sich tragen, auf dem Weg in eine menschenwürdige Zukunft zu sein." (aus dem Brief eines chilenischen politischen Gefangenen)

ErstunterzeichnerInnen:
Bewegung 18.Oktober, Tayad-Komitee HH, iranische GenossInnen verschiedener Städte
Weitere UnterstützerInnen dieses Aufrufs sollen sich bis zum 15.2. melden unter: inti@online.de

Solidaritätskomitee entstanden

Das „Solidaritätskomitee zur Freilassung von politischen Gefangenen" ist aus dem Kreis des „Solidaritätskomitees zur Freilassung von Gabi Kanze" entstanden. Das „Solidaritätskomitee zur Freilassung von politischen Gefangenen" arbeitet in der Bewegung 18. Oktober mit, während das „Solidaritätskomitee zur Freilassung von Gabi Kanze" in dieser Bewegung nicht mehr vertreten ist.

Kontakt: Solidaritätskomitee zur Freilassung von politischen Gefangenen, c/o Eine Welt Werkstatt, Bahnhofstr. 16, D-49406 Barnstorf, Fax 0 54 42 / 12 15, E-Mail inti@online.de

Das Solidaritätskomitee zur Freilassung von politischen Gefangenen hat folgendes **Spendenkonto:** Solidaritätskomitee, Volksbank Barnstorf, BLZ 250 695 03, Konto-Nr. 25 70 400. Bitte bei Überweisungen immer den Namen der Gefangenen/des Gefangenen angeben, für welche/für welchen das Geld bestimmt ist.

Termine für die Hauptverhandlung der Berufung aufgehoben

Erneute Repression gegen Clemens aus Berlin!

In den frühen Morgenstunden des 8. Januar gab es erneut eine Hausdurchsuchung durch das LKA Berlin bei Clemens, unter dem absurden Vorwurf der Computersabotage (Durchsuchungsbefehl) wurde die Wohnung auf den Kopf gestellt und der Computer beschlagnahmt. Diese erneute Repression unter dem Vorwand der Computersabotage kann nur als Behinderung der Vorbereitung des Berufungsverfahrens gegen Clemens gesehen werden. Kurzer Rückblick: Nach der Festnahme und der schweren Misshandlung und Untersuchungshaft, nach der Revolutionären 1. Mai Demo 2002 in Berlin/Kreuzberg (siehe Angehörigeninfo Nr. 280) und den Ausreiseverboten/Meldeauflagen zum EU-Gipfel in Brüssel 2001 und dem G8-Gipfel in Genua 2001, wo sich Clemens beides mal 1 Woche lang jeden Tag bei den B. melden musste, geht die Repression gegen ein aktives Mitglied aus der antiimperialistischen außerparlamentarischen Opposition kontinuierlich weiter.

Unter fadenscheinigen Begründungen hob die zuständige Richterin einen Tag vor der Hauptverhandlung über die Berufung vor dem Berliner Landgericht am 13. und 23. Januar beide Termine auf. Ein neuer Termin wird nicht vor April erwartet. Dies kann auch als kleiner Erfolg der Mobilisierung gesehen werden.

Es liegt auch weiterhin an uns, allen Widerstand zu organisieren gegen Repression, imperialistische Kriege, Sozialabbau/Kürzungen, Privatisierungen ... Eine gute Gelegenheit dafür ist der internationale Kampftag der ArbeiterInnen am 1. Mai.

Der Feind steht nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten!

Für den Kommunismus!

Berlin, 12. Januar 2004 Prozessgruppe 1. Mai

Kontakt: Prozeßgruppe1.Mai@web.de

Kein Knast für Gunnar K.!

Am 29.Januar 2004 steht unser Genosse Gunnar K. zum wiederholten Mal vor Gericht. Diesmal geht es um drei Anklagepunkte: Gunnar soll zu einer „verbotenen Demonstration“ (18-Uhr Revolutionäre 1.-Mai-Demo 2001) aufgerufen haben. Des weiteren habe er entgegen der Anweisung der Polizei die Anti-Nato-Kundgebung am 17. August 2001 nicht aufgelöst. Der geplante Schwerpunkt war die Lage in Mazedonien. Am 17. August 2001 rückten britische Streitkräfte als NATO-Vorhut in den Balkanstaat ein, der damit de facto in ein NATO-Protektorat verwandelt wurde. Außerdem soll er bei einer Festnahme im August 2002 Widerstand geleistet haben.

Bei dem Verfahren sind 10 teilweise hochrangige Polizeizeugen (u.a. der Leiter der Berliner Versammlungsbehörde) geladen. In der Anklageschrift wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine „Bewährung in anderer Sache“ bestehe.

Tatsächlich besteht die „Bewährung“ gegen Gunnar seit dem 6. August 1997, als er wegen „unerlaubten Waffenbesitzes“ und „Widerstandes“ zu einer Haftstrafe von 12 Monaten auf drei Jahre Bewährung verurteilt wurde. Am 24. August 2000 wurde Gunnar wegen „Widerstandes“ und „Körperverletzung“ (Anlass war ein Vorfall aus dem Jahr 1995, als er nach der Silvio-Meier-Demo erheblich verletzt festgenommen worden war,) zu einer Gesamthaftstrafe von 18 Monaten verurteilt. Damals äußerte der Staatsanwalt im Prozess, Gunnar sei ein „gefährlicher politischer Gewalttäter“ und „das nächste Mal geht es in den Knast.“

Die Bewährung wäre im August 2003 abgelaufen gewesen. Da allerdings zu diesem Zeitpunkt gegen Gunnar bereits in anderer Sache ermittelt wurde, erfolgte erneut keine Aufhebung der Bewährung.

Wir müssen damit rechnen, dass bei einer eventuellen Verurteilung in nur einem der drei neuen Anklagepunkte Gunnar mit einer Haftstrafe von mehr als 2 Jahren rechnen muss, des weiteren, dass in diesem Fall eine Verhaftung Gunnars bereits im Gerichtssaal erfolgen könnte.

Dieses Vorgehen zielt darauf ab, einen politischen Aktivisten exemplarisch und zur Abschreckung für andere abzustrafen.

Wir rufen alle auf, zum Prozess zu kommen und Gunnar zu unterstützen:

Solidarität ist eine Waffe!
Termin: Do, 29. 1. 2004
11:30 Uhr, Raum 371
Amtsgericht Tiergarten
Turmstr. 91
Berlin – Moabit

Berliner Anti-Nato-Gruppe (B.A.N.G.)
infobüro barnsdorf



Freispruch in Grenzcampprozess

„Roh oder gekocht?“

Heute morgen (15.1.) wurde eine 25-jährige Aktivistin aus Berlin u.a. vom Vorwurf der versuchten gefährlichen Körperverletzung vor dem Amtsgericht Köln freigesprochen.

Die Staatsanwaltschaft hatte ihr vorgeworfen, als Teilnehmerin des 6. antirassistischen Grenzcamps im Sommer 2003 in Köln-Poll Eier auf einen Aufmarsch faschistischer Gruppierungen (der „freien Kameradschaften“) geworfen zu haben. In diesem Zusammenhang galten die Eier als gefährliches Werkzeug, die dazu geeignet gewesen sein sollen, die FaschistInnen ernsthaft zu verletzen. (Es ging tatsächlich auch um die Frage, ob „roh“ oder „gekocht“!)

Dies ist schon der zweite Prozess gegen eine Camperin. Am 8. Januar endete der erste Prozess in Buxtehude bei Hamburg mit einer Einstellung des Verfahrens.

Schon im Vorfeld des Prozesses wollten Rechtsanwalt Reinecke und Richter Klimmer das Verfahren einstellen, doch die Staatsanwaltschaft bestand auf der Durchführung des Prozesses, um die Grenzcamperin mit Hilfe von PolizeizeugInnen zu überführen. Tatsächlich stand aber die Aussage einer Polizistin im Widerspruch zu ihrer ersten schriftlichen Aussage und einem Polizeivideo. Nach dieser peinlichen Vorführung sah sich selbst die Staatsanwältin genötigt, auf Freispruch zu plädieren ... Für Angeklagte und Polizei eine Nullnummer, für die anwesenden UnterstützerInnen eine amüsante Darbietung.

Übrigens: bei einem Freispruch werden in jedem Falle sämtliche Gerichts- und Anreisekosten vom Staat getragen, im Gegensatz zu einer Einstellung des Verfahrens, wo immer noch eine geringe Schuld anerkannt wird und anfallende Kosten nur teilweise übernommen werden.

Eierwürfe gegen FaschistInnen werden schnell und konsequent von der Justiz verfolgt, während Staat und Gesellschaft täglich MigrantInnen und Flüchtlinge durch rassistische Kontrollen, Abschiebeknäste, Abschiebungen usw. körperlich und seelisch misshandeln. Die Deutung eines Eierwurfs zur gefährlichen Gewalttat hatte allein den Zweck, aktiven Antirassismus zu kriminalisieren und in der Zukunft zu erschweren. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die frühzeitige gewaltsame Räumung des Grenzcamps am 9. August 2003 und die über 400 Ermittlungsverfahren zu werten. Weitere Strafprozesse werden bald folgen.

In diesem Zusammenhang muss auch der nächste Prozess wegen Hausfriedensbruch auf dem Kölner „Flüchtlingsschiff“ am **5.2.2004 um 12:00 Uhr im Amtsgericht Köln (Luxemburger Straße 101)** erwähnt werden. **Kommt alle!**

*Aus einem Flugblatt**

Gegen sexualisierte Gewalt gegen Frauen im Abschiebeknast Bremen

Was ist passiert?

Mindestens vier Frauen sind in Bremen Ende der 90er Jahre in der Abschiebehaft von Polizeibeamten vergewaltigt worden. Eine der Frauen meldete das Verbrechen gegenüber der Polizei, die Ermittlungen wurden jedoch nach kurzer Zeit eingestellt. Alle Frauen, die der sexualisierten Gewalt durch die Polizisten ausgesetzt waren, wurden danach abgeschoben. Der Täter blieb jahrelang an gleicher Stelle im Dienst.

Nur durch Zufall sind die sexualisierten Übergriffe gegen die Frauen aus Osteuropa und aus Afrika überhaupt bekannt geworden. Der Täter war sich bei seiner Tat in seiner Funktion als diensthabender Polizeibeamter so sicher, dass er seine Vergewaltigungen auf Fotos festgehalten hat. Diese Fotos fielen im Mai diesen Jahres bei einer Hausdurchsuchung seiner Wohnung in anderer Sache der Polizei in die Hände. Die einzige Konsequenz für den Täter: er wurde an eine andere Dienststelle versetzt.

Erst einige Monate später, im November, kam die Presse hinter den Skandal. Die verantwortlichen Politiker wie der Innensenator Röwekamp und die Polizeiführung üben sich seitdem in politischer Schadensbegrenzung: Der Täter wurde schließlich doch vom Dienst suspendiert, und ein unabhängiger Ermittler, ein pensionierter Verwaltungsrichter, eingesetzt. Um die Sache klein zu halten, ist es ihnen vor allen Dingen wichtig zu behaupten, es handele sich um einen Einzeltäter und Gewalt sei weder bei der Bremer Polizei noch in der Abschiebehaft an der Tagesordnung.

In unserer Gesellschaft, die von Gewalt und Unterdrückung durchzogen ist, ist sexualisierte Gewalt jedoch kein Einzelfall – zahllose Frauen, Mädchen und Jungen sind dieser Gewalt täglich ausgesetzt. Die wenigsten Täter werden jedoch zur Rechenschaft gezogen. Täter leugnen ihre Taten in dem allermeisten Fällen ab und fast immer wird ihnen mehr geglaubt als den Opfern. Täter besorgen sich ein Alibi, den ›besseren‹, also skrupelloseren Rechtsanwalt oder setzen ihr Opfer unter Druck, zu schweigen. Zudem ist es für viele Menschen, die sexualisierter Gewalt ausgesetzt waren, sehr schwer, über diese Traumatisierungen zu sprechen. Die Ermittlungen von Polizei und Justiz sind für die Opfer eine schmerzhafte Prozedur und gehen oft mit einer Retraumatisierung einher. Die meist männlichen Täter kommen aus allen gesellschaftlichen Schichten, es gibt keine Ausnahmen – auch nicht bei Polizisten.

Neben dem durchschnittlichen sexistischen Gewaltpotential innerhalb der Polizei hat diese zudem die Order, Flüchtlingen und MigrantInnen mit einer systematischen, nämlich rassistischen Voreingenommenheit zu begegnen. Was die weiße deutsche „Normalbevölkerung“ meist gar nicht bemerkt: die Polizei führt ständig bei Personen, die als nicht deutsch wahrgenommen werden, Ausweiskontrollen durch, insbesondere bei dunkelhäutigen Menschen. Dabei kommt es allzu häufig zu rassistischen Beleidigungen, tiefen Demütigungen, willkürlichen Festnahmen und oftmals auch zu körperlichen Misshandlungen. Gegen solche Misshandlungen durch die Polizei rechtlich vorzugehen, erweist sich in der Praxis jedoch meist als Ding der Unmöglichkeit. Die Polizei antwortet auf eine Anzeige gegen sie meist mit einer Gegenanzeige. Dabei werden mehrere Beamte als Zeugen eingesetzt, wohingegen das Opfer alleine auf der Wache malträtiert wurde und für die polizeiliche Gewalttat keine Zeugen hat. Der Corpsgeist innerhalb der Polizei führt dazu, dass in der Regel kein Beamter gegen einen Kollegen aussagt – wer es dennoch tun sollte, wird fertiggemacht. Rassistischen wie auch sexistischen Misshandlungen durch die Polizei sind so Tür und Tor geöffnet.

Abschiebegefängnisse sind der ideale Ort für diese Gewalttaten. Während die Gefangenen sich damit konfrontiert sehen, in tiefstes Elend oder gar in die Hände der Folterknechte, vor denen sie geflohen sind, zurückgeschickt zu werden, sind sie im abgeschotteten Raum der Abschiebeknäste den sie bewachenden Polizeibeamten ausgeliefert. Und die Polizisten wissen, dass die Gefangenen nur noch kurze Zeit im Lande und oft von der Außenwelt abgeschnitten sind und deshalb keine Handhabe gegen sie haben.

Wir gehen aus all diesen Gründen nicht davon aus, dass es sich bei den sexuellen Mithandlungen im Abschiebeknast um einen Einzelfall handelt, sondern um einen Vorgang, der an einem solchen Ort des Schreckens jederzeit möglich ist, solange Kollegen und Polizeiführung sich schützend vor die Täter stellen, wie es von der Aufdeckung des konkreten Falles im Mai 2003 bis zur Veröffentlichung durch die Presse im November geschehen ist.

Was den bekannt gewordenen „Einzeltäter“ von anderen unterscheiden mag, ist seine Dreistheit, seine Verbrechen auf Fotos festhalten zu lassen und so die Beweise zu liefern, die andere Polizei-Täter zu vertuschen wissen.

Der Leiter der Bremer Polizei, Mordhorst, ist zentral verantwortlich dafür, dass monatelang keine Ermittlungen eingeleitet und der Täter weiterhin im Dienst belassen wurde. Mordhorst ist auch der Verantwortliche für die Erstürmung der „Nigerian Union“ im November 2002 durch ein schwer bewaffnetes Sonderkommando, bei der zahlreiche Menschen, unter ihnen auch Kinder, ohne konkrete Beweise eine ganze Nacht lang inhaftiert und dabei auf das äußerste beleidigt und gedemütigt und zum Teil schwer misshandelt wurden. Der Fall liegt seitdem beim Bundesverfassungsgericht. Zur Begründung für diesen überzogenen und rechtswidrigen Einsatz gab Mordhorst zum Besten, bei Nigerianern müsse mit äußerster Gegenwehr gerechnet werden. Es ist unverantwortlich, dass dieser Mann, beseelt vom Corpsgeist und mit rassistischen Vorurteilen beladen, weiterhin in seiner Position verbleibt – der Innensenator scheint jedoch sehr zufrieden mit ihm zu sein.

Eine lückenlose und konsequente Aufklärung halten wir für dringend geboten. Externe Ermittlungen sind ein Schritt in die richtige Richtung. Wir glauben jedoch nicht, dass der jetzt benannte Ermittler alleine dazu in der Lage sein wird, den Corpsgeist zu brechen. Und der benannte Verwaltungsrichter a.D. verfügt mit Sicherheit nicht über die nötige Kompetenz im Umgang mit dem Thema sexualisierte Gewalt und Abschiebehaft. Umseitig sind in einem Offenen Brief konkrete Forderungen diesbezüglich zu finden.

Vergewaltigung ist Folter – Abschiebeknäste abschaffen! Stop police brutality!

* Flugblatt zu einer Demonstration am 20.12. in bremen

Bündnis gegen sexualisierte Polizeigewalt macht weiter

Der im Artikel genannte Termin vom 15.1. ist schon vorbei, aber Ihr findet darunter Kontaktadressen, bei denen Ihr Euch nach weiteren Aktivitäten erkundigen könnt.

(...) Auch seit dem öffentlichen Bekanntwerden der Fälle im November 2003 vermittelt die Ermittlungsarbeit des Innensenats und der Polizeiführung den Eindruck, als ginge es mehr um politische Schadenbegrenzung als um eine umfassende Aufklärung der Übergriffe und Vergewaltigungen.

Daran hat auch die Ernennung des ehemaligen Verwaltungsgerichtspräsidenten Hasso Kliese nichts geändert. Die Forderung nach einem unabhängigen Ermittlungsteam ist nach wie vor aktuell, da eine männliche Einzelperson den Anforderungen an eine rückhaltlose Aufklärung nicht gerecht werden kann.

Auf dem Treffen am 15.01. wollen wir gemeinsam überlegen, wie wir dieser Forderung weiter Nachdruck verleihen können. Dazu wird es nötig sein, den öffentlichen Druck auf die Verantwortlichen zu erhöhen.

Neben einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit kann ein weiterer Schritt, unserem Protest gegen die Vergewaltigungen und die unmenschlichen Bedingungen im Bremer Abschiebeknast Ausdruck zu verleihen, zum Beispiel eine Aktion am Knast am 31.1.2004, einem europaweiten Aktionstag für die Legalisierung von Papierlosen und die Schließung aller Abschiebeknäste, sein ...

Gr.appa Bremen, St.-Pauli-Str. 10/12
28203 Bremen, fax +49 (421) 75682
mail: gr.appa@gmx.de

„Keine Atempause – Geschichte wird ..."

... umgeschrieben.

Eine Reaktion auf den Einladungstext der „Bewegung 18.Oktober"

Im *Angehörigen-Info* vom 22.12.03 wurde eine Einladung der „Bewegung 18.Oktober" veröffentlicht, die uns, als direkt Beteiligte an der Unterstützungsarbeit im Magdeburger 129a-Verfahren, geradezu erschreckte in Bezug auf die Fehleinschätzung des Ausgangs des Prozesses und der Rolle der geleisteten Soliarbeit. Genauer hieß es im Text: „ Zwei Erfolge hat die internationale Bewegung gegen politische Gefangenschaft und Repression in den letzten Wochen erreicht. (...) Der erste Erfolg war die Aufhebung der Haftbefehle gegen die drei Magdeburger wegen §129 a".

Diese Aussage können wir so unkommentiert nicht stehen lassen, ist sie schlicht falsch und vermittelt den Eindruck, als habe diese „Bewegung" es nötig, sich Orden an die Uniform zu heften, die sie schlicht



nicht bekommen kann. Um es auf den Punkt zu bringen, die Freilassung der Drei geht ganz sicher eben gerade nicht auf das Konto der internationalen Gefangenenbewegung, sondern war eine Entscheidung des Oberlandesgerichtes Naumburg, die man dem Senat – bis auf den Umstand, dass die Drei seitdem tatsächlich wieder auf freiem Fuß sind – nicht wirklich zugute halten kann. Immerhin gibt es diesen Paragraphen, der uns alle und vor allem die Gefangenen überhaupt erst in diese Situation brachte. Das Gericht hat sich allerdings die Mühe gemacht, noch fünf Absätze[1] weiter zu lesen, als es normalerweise der Fall ist, und kam zu dem Schluss, dass sich die vermeintliche terroristische Vereinigung bereits aufgelöst habe, wobei es sich auf ein bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmtes „Auflösungsschreiben" bezog. Lediglich (das gilt zumindest für Marco und Daniel) aus diesem Grunde wurden die Drei nicht nach 129a verurteilt, beinhaltet dieser Grund doch aber den Schluss, dass es diese Vereinigung gegeben habe und zumindest diese beiden Mitglieder in ihr gewesen seien.

Schaut man sich dieses Verfahren in seinem bisherigen Verlauf an, also fast 1 Lahr U-Haft für Marco und Daniel, 7 Monate U-Haft für Carsten, und das aufgrund einer Indizienlage, die uns in unseren kühnsten Träumen nicht eingefallen wäre, die komplette Ausleuchtung und Einschüchterung der linken Szene Magdeburgs, die immensen Kosten, die bisher angefallen sind (und werden) und einem Prozess, dessen Krönung diese harte Verurteilung[2] war und während dessen Urteilsverkündung man schon nach fünf Sekunden nicht mehr wusste, wohin mit all der Wut, ist es doch gerade zu zynisch, von einem Erfolg, den die Gefangenenbewegung errungen haben soll, zu sprechen. Schlimmer noch: derartige Selbstüberschätzungen diffamieren die Arbeit der Soligruppe und anderer!

Zudem scheint die „Bewegung 18.Oktober" eventuell zu unterschätzen, dass dieses Verfahren noch lange nicht vorbei sein wird. Auch die Bundesanwaltschaft (BAW) hat gegen das Urteil Revision eingelegt, z.B. weil sie die Gruppe wegen 129a und nicht „nur" wegen Brandstiftung verurteilt sehen will. Dies bedeutet zum einen, dass in Magdeburg weiter ermittelt wird[3], und zum anderen, dass es kein Verschlechterungsverbot[4] bei einem neuen Prozess, der dann in diesem Jahr erneut beginnen würde[5], gibt. Alles in allem muss also festgestellt werden, dass es bisher für die Drei und alle näheren Beteiligten – mit Verlaub – beschissen gelaufen ist.

Abschließend bleibt zu sagen, dass es durchaus eine sehr gute Soliarbeit gibt, dass es bundesweit eine große Menge an Leuten gibt, die über das Verfahren informiert waren (erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit) und dann auch die Gefangenen, sei es durch Parties, Konzerte, aber auch Post und Besuche, im Knast unterstützten. Die breite Vernetzung, die Resultat dieser guten Soliarbeit war, ist z.B. als Erfolg zu werten, wie auch die bundesweite Demo in Magdeburg.

Und das Verfahren ist längst nicht beendet ...

Soligruppe Magdeburg/Quedlinburg
Anti Knast Gruppe Dresden

1 § 129a Abs.5: §129 (6) Das Gericht kann die Strafe nach seinem Ermessen mildern (§ 49 Abs. 2) oder von einer Bestrafung nach diesen Vorschriften absehen, wenn der Täter
1. sich freiwillig und ernsthaft bemüht, das Fortbestehen der Vereinigung oder die Begehung einer ihren Zielen entsprechenden Straftat zu verhindern, oder
2. freiwillig sein Wissen so rechtzeitig einer Dienststelle offenbart, daß Straftaten, deren Planung er kennt, noch verhindert werden können;
erreicht der Täter sein Ziel, das Fortbestehen der Vereinigung zu verhindern, oder wird es ohne sein Bemühen erreicht, so wird er nicht bestraft.

2 Urteil vom 16.12.03 , Marco: 2 1/2 Jahre Haft und gesamten Kosten des Verfahrens; Daniel: 2 Jahre Haft nach Jugendstrafe; Carsten: Freispruch weil nicht mal Indizien vorhanden waren (laut Einschätzung des Senats hatte er genug Zeit alles beiseite zu schaffen)

3 jungle world 53/2003

4 Legt nur der Angeklagte gegen Urteil Rechtsmittel ein, so darf in einer neuen Verhandlung das Urteil nicht härter ausfallen.

5 Die Revision der BAW wird noch vom Bundesgerichtshof geprüft.

Strafvollzug

Folgen einer Selbsttötung

Vor einigen Monaten berichtete ich über den mutmaßlichen Selbstmord eines Gefangenen in der Haftanstalt Bruchsal; nach einigen Tagen stand fest: Der Mitgefangene hatte sich in seiner Zelle tatsächlich erhängt.

Betroffen über diesen Suizid, schrieb die Insassenvertretung (dabei handelte es sich um ein von den Gefangenen der Anstalt gewähltes Gremium, bestehend aus fünf Gefangenen), vertreten durch ihren Ersten Sprecher G. und Protokollführer L., einen Brandbrief und verteilten diesen an Gerichte, Abgeordnete sowie die Landesjustizministerin; des weiteren hängten sie eine Kopie dieses Briefes in der Justizvollzugsanstalt (JVA) aus. Sie fragten nach der Mitverantwortlichkeit von Justizmitarbeitern an diesem Suizid und führten aus, die JVA habe Vollzugslockerungen offenbar verzögert bzw. abgelehnt.

Folge dieses Schreibens war, dass beide Insassen, Herr G. und Herr L., vom Leiter der Anstalt aus der Insassenvertretung geworfen (dazu ist ein Anstaltsleiter ggf. befugt, soviel zur Demokratieerziehung im Vollzug) sowie mit drei Tagen Arrest (zu verbringen in einer kahlen Zelle, nur mit Bett, Klo, Tisch/Stuhlersatz ausgestattet) bedacht wurden. Beide Gefangene wehrten sich gerichtlich gegen diese Anordnung bzw. Disziplinierung – erfolgreich!

Jetzt, im Dezember 2003, hob das zuständige Landgericht den Arrest ebenso auf, wie den Hinauswurf aus der Insassenvertretung. Zwar bescheinigte das Gericht dem Gefangenen G., er hätte durch das Schreiben sowie das Aushängen desselben in der JVA das „geordnete Zusammenleben innerhalb der Anstalt" gestört, das Schreiben sei ferner geeignet, „die Arbeit der Anstaltsbediensteten nicht nur außerhalb (der Anstalt) zu verunglimpfen". Denn tatsächlich habe die JVA keine Vollzugslockerungen verzögert, sondern vielmehr habe die

sachlich zuständige Abteilungsjuristin nachgefragt, wie der Sachstand sei (der verstorbene Insasse verbüßte eine lebenslange Freiheitsstrafe, bei diesen muss das Ministerium der Gewährung von Ausgängen zustimmen).

Nach Ansicht des Gerichts stellt das Verhalten des Gefangenen G. jedoch keine schwere Verfehlung dar, ferner sei es ihm nicht zu verwehren, dass er sich kritisch mit der Frage des gesetzlich normierten Resozialisierungsgedankens auseinandergesetzt hätte in „seinem" Schreiben.

Es steht zu erwarten, dass der Beschluss durch die Vollzugsbehörde angefochten werden wird, so dass letztlich das Oberlandesgericht Karlsruhe zu entscheiden hat, ob die Maßnahmen des Leiters der JVA gesetzeskonform sind.

Die massive Reaktion der Anstalt mag Außenstehende verwundern (zumal ihr nun von einem Gericht deren Rechtswidrigkeit attestiert wurde), scheint doch dieser ein obrigkeitsstaatliches Weltbild zugrunde zu liegen. Jedoch entspricht diese Form des Umgangs seitens der Anstalt mit den Gefangenen dem Alltag; dass auch Gefangene Grundrechtsträger sind und ihnen nach der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts das Recht zu polemischer und überspitzter Kritik zusteht, wird gerne vergessen. Sicher, es wäre vielleicht sinnvoller gewesen, hätten G. und L. zuerst mit dem Anstaltsleiter gesprochen, bevor sie unmittelbar nach dem Suizid des Gefangenen den Brandbrief verschickten, andererseits ist ihre Reaktion ohne weiteres verständlich angesichts ihrer Betroffenheit, kannten sie doch den verstorbenen Insassen seit vielen Jahren. In Sachen Meinungsfreiheit und souveränem Umgang scheint im Strafvollzug jedoch vieles im Argen zu liegen.

Thomas Meyer-Falk, c/o JVA - Z. 3117, Schönbornstr. 32, D-76646 Bruchsal

Hungerstreik von Basken in Europas Hauptstädten

In ganz Europa protestieren seit heute, 5.1., die Angehörigen der baskischen politischen Gefangenen, um auf die fatale Lage in den Gefängnissen Spaniens und Frankreichs hinzuweisen. Auf Initiative der Angehörigenorganisation (Etxerat/Nach Hause) beginnen in sieben europäischen Städten einwöchige Hungerstreiks. In Barcelona, Berlin, Brüssel, Genf, Mailand, Paris und Kopenhagen wollen die Angehörigen, begleitet von weiteren Aktionen, vor allem gegen die Zerstreuung der baskischen Gefangenen protestieren. Sie fordern vor allem die Zusammenführung der Gefangenen im Baskenland. Zudem soll über die kritische Lage informiert werden, Treffen mit Vertretern von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und verschiedener Organisationen sind geplant.

Insgesamt sitzen 700 Basken aus politischen Gründen in den Knästen, das ist eine viel höhere Zahl als während der Diktatur Francos. Das zeigt, in welche Richtung sich vor allem die Situation in Spanien seit der Machtübernahme der Volkspartei (PP) entwickelt hat, in der sich die Anhänger Francos politisch gesammelt haben. Wegen der Verbote baskischer Parteien, Kommunikationsmedien und Organisationen befinden sich auch etliche Politiker, Journalisten oder einfach Mitglieder der linken Unabhängigkeitsbewegung darunter.

Die Mehrzahl der Gefangene ist über 80 Gefängnisse in Spanien und Frankreich verteilt, was gegen geltendes Strafrecht und internationale Verträge verstößt. Denn so werden auch deren Angehörige bestraft: Im Durchschnitt müssen sie für einen Besuch am Wochenende 1400 Kilometer zurücklegen, das bereitet auch enorme Kosten. Vor allem aber wurden nach Angaben von Etxerat seit dem Beginn der Zerstreuung unter der sozialistischen Regierung 1982 bei Verkehrsunfällen 14 Menschen auf dem Weg zu den Gefängnissen getötet und Hunderte zum Teil schwer verletzt. Allein im vergangenen Jahr verloren dabei drei Angehörige ihr Leben, zuletzt traf es Ende November die 34-jährige Sara Fernández, ihre Freundin wurde bei dem Unfall schwer verletzt.

Die Lage in den Knästen habe sich sehr verschlechtert, erklärte Jon Anza, deshalb trat er gestern in Berlin in den Hungerstreik. 21 Jahre hat er in spanischen Gefängnissen verbracht, bis er vor einem Jahr frei gelassen wurde. „Immer öfter wird nun wieder im Knast gefoltert", sagte Anza. Misshandlungen beschränkten sich nicht mehr auf die Kontaktsperre nach der Festnahme, in der man tagelang keinen Kontakt zu seinem Anwalt oder der Familie habe. Die baskische Sprache werde ebenso verboten wie ein Fernstudium an einer baskischen Universität in der eigenen Sprache. Mit der Anhebung der Höchststrafe auf 40 Jahre gäbe faktisch wieder eine lebenslängliche Haft. Selbst Besuche der Anwälte würden reglementiert.

Noch am Samstag, bevor 150 Angehörige ihre Reise in die Europas Hauptstädte antraten, demonstrierten sie in Bilbao mit 20.000 Menschen trotz großer Kälte und starkem Regen für die Rechte ihrer Gefangenen. Für sie geht es darum, eine politische Lösung des Konflikts zu finden. „Das Baskenland hat nicht einmal so viele Einwohner wie in Berlin, stellen Sie sich vor, dort gäbe es 700 politische Gefangene", sagte Anza. Dass zeige den ungelösten Konflikt an. Die Angehörigen fordern eine Amnestie in politischem Sinne: die Freiheit der Gefangenen mit einer politischen Lösung des Konflikts auf Basis des Selbstbestimmungsrechts zu verknüpfen.

Auf der Demonstration wurde auch eine neue Initiative gestartet. In den nächsten sechs Wochen werden mindestens 25.000 Anzeigen gegen Spanien wegen „Verletzung der Menschenrechte" gesammelt. Für jedes Jahr seit dem „sogenannten Übergang zur Demokratie" sollen der UNO 1000 Anzeigen übergeben werden, erklärten die Initiatoren. Im Mai muss sich Spanien vor der UNO-Menschenrechtskommission verantworten. In letzten Bericht hatte die Kommission Spanien 58 Folterfälle an Basken allein aus dem Jahr 2000 angeklagt. Die Anzeigen sollen sich auch auf die Verletzung kollektiver Rechte der Basken und die Pressefreiheit beziehen.

(c) Ralf Streck, Donostia-San Sebastián



Demonstration von Angehörigen in San Sebastian, Baskenland, Dezember 2003



Internationale Solidarität

Der Hungerstreik der Etxerat solidarisierte sich mit dem Hungerstreik des TAYAD-Komitee

Um auf die politischen Gefangenen und deren Situation aufmerksam zu machen, hatten sich Mitglieder der Angehörigenorganisation Etxerat aus dem Baskenland in verschiedene europäische Metropolen aufgemacht. Sie hatten sich am 5. Januar 2004 in den Hungerstreik begeben und führten diesen bis zum 10. Januar 2004 durch. In drei Städten Europas trafen die Mitglieder der Etxerat die Mitglieder des TAYAD-Komitees, die sich, außer in Genf, ebenfalls in einem Hungerstreik befinden.

Gegenseitige Solidaritätsbesuche zwischen den RevolutionärInnen aus dem Baskenland und der Türkei

Eine Delegation des TAYAD-Komitees, unter denen sich auch Hasan Subasi befand, der sich in Brüssel in einem 50-tägigen Hungerstreik befindet, besuchte am 7. Januar 2004 die Angehörigenorganisation Etxerat, die aus dem Baskenland angereist war und einen 5-tägigen Hungerstreik führte.

Die Mitglieder der Etxerat, die einen Kampf für die Rückverlegung der Gefangenen in das Baskenland und gegen die Isolationshaft kämpfen, begrüßten herzlich die TAYAD-Komitee-Mitglieder und tauschten sich gegenseitig über die Menschenrechtsverletzungen in ihren Ländern aus. Am darauffolgenden Tag besuchte eine Delegation der Etxerat das Hungerstreikzelt des TAYAD Komitee. In einer angenehmen Atmosphäre wurde während einer Versammlung das Todesfasten und die Geschichte der revolutionären Bewegung in der Türkei geschildert.

Bei den Besuchen, die mit einem großen Solidaritätsgeist verliefen, wurden gegenseitig Informationsbroschüren, Bücher und Geschenke ausgetauscht.

TAYAD Komitee Brüssel

Genf: Die baskischen Angehörigen wurden mit dem Enthusiasmus der gegründeten Freundschaft und Solidarität verabschiedet

Die baskischen Angehörigen, die ihren Hungerstreik am 5. Januar 2004 im Volkshaus in Genf begannen und ihn am Abend des 09. Januar 2004 beendeten, haben in Genf verschiedene Veranstaltungen gemacht, um der Stimme der baskischen Gefangenen und der baskischen Bevölkerung Gehör zu verleihen. Fast jeden Tag wurde an verschiedenen Orten der Stadt Flugblätter verteilt. Am 7. Januar 2004 veranstalteten sie eine Pressekonferenz, an der sich auch das Schweizer TAYAD-Komitee beteiligte. Am 7. Januar 2004 verstärkte sich die Solidarität, als drei TAYAD-Komitee-Mitglieder im Volkshaus am Hungerstreik teilnahmen. Am Abend sah man sich zusammen den Film „Sie verbrannten sie lebendig" an, der das Gefängnismassaker vom 19.-22. Dezember 2000 schildert, wobei einige baskische Angehörige aufgrund der Grausamkeit ihre Tränen nicht halten konnten.

Die Solidarität wurde verstärkt fortgesetzt bei allen weiteren Veranstaltungen, die draußen stattfanden, indem das TAYAD Komitee mit der Etxerat zusammen arbeitete. Am 09. Januar 2004 begab man sich um 15.00 Uhr zum UN-Komitee gegen Folter. Während draußen vor dem Gebäude Transparente geöffnet und eine Kundgebung gemacht wurde, begab sich eine Delegation der baskischen Angehörigen zum Komitee gegen Folter, um dort die Forderungen zu Wort zu bringen. Nach dem Treffen kehrte man in die Stadt zurück, öffnete dort die Transparente und verteilte Flugblätter. Von dort aus ging es dann weiter zum Solidaritätskomitee mit Palästina.

Am Abend um 19.00 Uhr wurde der Hungerstreik mit baskischem und anatolischem Essen, das die Familien aus dem Volkshaus zubereitet hatten, beendet. Nach dem Essen wurden abwechselnd Volkslieder gesungen, und zusammen wurde der Halay(Anatolischer Volkstanz) getanzt. Die baskischen Angehörigen führten einen Tanz auf, der zum Gedenken an die baskischen Gefallenen entwickelt worden war. Als die baskischen Angehörigen sich für das ihnen entgegengebrachte Interesse bedankten, tauschte man im Namen der Solidarität gegenseitig Geschenke aus.

Die Wärme der Freundschaft und die Solidarität, die sich in dieser kurzen Zeit entwickelt hatte, wirkte sich auch auf den Abschied um 21.00 Uhr aus. Man umarmte sich fest, tauschte Adressen aus, die Mitglieder des TAYAD-Komitees wurden in das Baskenland eingeladen, und man wünschte sich, etwas länger zusammen bleiben zu können. Bei der Abfahrt des Busses wurde gegenseitig applaudiert und man streckte sich die Hände als Zeichen des Sieges zu. All das war das Zeichen dafür, dass Internationale Freundschaft und Solidarität nur auf der festen Grundlage der gemeinsamen Basis und Ziele entwickelt werden kann, wenn gemeinsam gekämpft wird, ohne in kleine Rechungen zu verfallen.

TAYAD Komitee Zürich

Berlin: Der gemeinsame Hungerstreik im gemeinsamen Kampf

Die Mitglieder der Etxerat hatten am 5. Januar 2004 ihren Hungerstreik in Berlin begonnen. Während ihrer Aktivitäten nahm das Berliner TAYAD Komitee am 7. Januar 2004 an der Demonstration der Etxerat teil und bekundete damit die Solidarität.

Am darauffolgenden Tag besuchten die Mitglieder der Etxerat den Verein, indem das TAYAD-Komitee seinen Hunugerstreik führte, da das TAYAD Komitee noch keine Genehmigung für ein Zelt erhalten hatte. Im Verein wurde der Film „Sie verbrannten sie lebendig" aufgeführt und das TAYAD Komitee berichtete von sich, vom Widerstand in der Türkei und von dem Gefängnismasaker am 19.-22. Dezember 2000. Daraufhin schlossen sich die Mitglieder der Etxerat der Meinung des TAYAD Komitee an und erklärten, dass es die selben Gefängnisse des Imperialismus seien, gegen die die Etxerat auch kämpfen würde und nahmen Anteil an der Trauer um die Gefallenen des 19.-22. Dezember.

Die Etxerat berichtete dann von der Situation in ihrem Land und schilderte die Verteilung der baskischen Ge-



fangenen in Gefängnisse, die sich weit außerhalb des Baskenlandes befinden würden. Sie erklärten, dass sie speziell für die Hungerstreiks aus dem Baskenland angereist seien. Sie erwähnten, dass sie sich an dem „Internationalen Symposium gegen Isolationshaft", dass vom 19.-21. Dezember 2003 in Florenz stattgefunden hatte, beteiligt hatten, und erklärten, dass es ein gemeinsamer Kampf sei, der gemeinsam geführt werden müsse.

Das TAYAD Komitee und die Etxerat sicherten sich gegenseitige Solidarität zu und tauschten daraufhin Fahnen aus.

Am 9. Januar 2004 besuchten die Mitglieder des Etxerat das mittlerweile errichtete Zelt des TAYAD Komitee, um sich vor ihrer Abreise in das Baskenland von den Mitgliedern des TAYAD Komitee zu verabschieden. *TAYAD Komitee Berlin*

Das TAYAD Komitee protestiert in Berlin/ Kreuzberg gegen den türkischen Premierminister Erdogan

Heute (9.1.) gegen 12.00 Uhr sah sich der türkische Premierminister Tayyib Erdogan mit dem Protest des TAYAD-Komitees konfrontiert. Der Premierminister hatte das Kreuzberger Büro des türkischen Unternehmervereins TÜSIAD besucht und dort gefrühstückt. Beim Verlassen des Büros erwartete ihn eine Gruppe von TAYAD-Mitgliedern, die ein Transparent mit der Aufschrift „Es lebe unser Todesfastenwiderstand" öffneten und Parolen wie „Mörder USA, Kollaborateur AKP", „Helden sterben nicht, das Volk kann nicht besiegt werden", „Es lebe unser Todesfastenwiderstand" und Nieder mit dem US-Imperialismus" riefen. Daraufhin griff die deutsch Polizei brutal ein und prügelte auf die TAYAD-Komitee-Mitglieder, bis Blut floss. Nach der Aktion, die ca. 10 Minuten dauerte, wurden den TAYAD-Komitee-Mitgliedern Handschellen angelegt, sie wurden in die Polizeiwagen geschleift und ins Polizeipräsidium gebracht. (Bild: verletzte Frau)



Faschistischer Angriff in Innsbruck

Das Hungerstreikzelt in Innsbruck, in dem die Mitglieder des TAYAD-Komitees seit dem 19. Dezember einen unbefristeten Hungerstreik führen, wurde am Morgen des 1. Januar 2004 gegen 6.00 Uhr von einer Gruppe faschistischer MHP-Anhänger angegriffen. Es brach ein Kampf aus, bei dem unser Freund Baris Armutlu verletzt wurde. Der Angriff wurde abgewehrt, wonach die Faschisten Zuflucht bei der Polizei suchten. Diese Angriffe können weder den Kampf in der Türkei gegen den Faschismus, weder das Todesfasten, das seit dem 20. Oktober 2000 andauert, noch die Hungerstreikaktionen der TAYAD-Komitee-Mitglieder, die sich aus Unterstützung im Hungerstreik befinden, einschüchtern oder beenden.

TAYAD Komitee Innsbruck/ Österreich

Bewaffneter Angriff gegen unser Londoner Hungerstreikzelt

Heute Abend (6.1.) gegen 19.00 Uhr gab es erneut einen Angriff gegen eines unserer Hungerstreikzelte. Diesmal fand der Angriff in London statt. Während die Hungerstreikenden zusammen mit FreundInnen im Zelt saßen, griffen zwei englische Faschisten provokativ das Zelt an. Nach einer kurzen Auseinandersetzung zog einer der Faschisten ein Messer, das er einem der Hungerstreikaktivisten in die Brust stieß. Nachdem unser Freund zu Boden fiel, konnten die beiden Männer fliehen. Unser Freund befand sich im 16. Tag seines 45-tägigen Hungerstreiks und wurde nach dem Angriff in das Krankenhaus verlegt.

Wir protestieren gegen alle Methoden, die dazu dienen sollen, unsere demokratischen Aktionen zu beenden. Wir werden trotz allem fortfahren, mit unseren Aktionen auf die Isolationshaft in den Gefängnissen der Türkei, auf die 107 Leben, die das Todesfasten mittlerweile gekostet hat und auf die Pressezensur in der Türkei hinzuweisen.

TAYAD Komitee Hamburg

Florenz

Kurzbericht vom Symposium gegen Isolationshaft

Vom 19. bis 21. Dezember 2003 fand in der toskanischen Hauptstadt Florenz das zweite internationale Symposium gegen die Isolationshaft statt. Unter den 120 Teilnehmern waren einige ehemalige politische Gefangene unter anderem aus der Türkei, dem Iran, dem Baskenland, Sahara Occidentale, Palästina sowie aus der republikanischen Bewegung Nordirlands. Angehörigenorganisationen von politischen Gefangenen aus vielen Teilen der Welt schilderten in bewegenden Worten die Situation ihrer gefangenen Töchter und Söhne hinter den Kerkermauern. Daneben waren zahlreiche Aktivisten von politischen Solidaritätsorganisationen aus aller Welt gekommen, aus Deutschland unter anderem Vertreter des Bundesvorstandes der Roten Hilfe, der Duisburger Bewegung Initiativ und der Bewegung 18. Oktober aus Berlin.

Das Datum war nicht zufällig gewählt. Am 19. Dezember 200 stürmte das Militär 20 Gefängnisse in der gesamten Türkei. Dabei wurden 28 Gefangene ermordet und zahlreiche schwer verwundet. Ziel der von der türkischen Regierung zynischerweise „Rückkehr zum Leben" genannten Aktion war die zwangsweise Einführung der Isolationszellen, die in der Türkei F-Typ-Zellen genannt werden. Seitdem wurde dieser Tag von der türkischen Angehörigenorganisation Tayad zum internationalen Kampftag gegen Isolationshaft erklärt. Zahlreiche Initiativen aus aller Welt haben sich diesem Appell angeschlossen. Gefangene aus aller Welt, unter anderem Mumia Abu-Jamal und Ramon Labanino Salazar von den „Cuban Five" und Werner Bräuer aus der BRD sind in einen befristeten Solidaritätshungerstreik getreten. Aus Solidarität haben auf öffentlichen Plätzen in Berlin, Brüssel und Wien 50-tägige Solidaritätshungerstreiks begonnen. Aus Brüssel wurden bei einer Kundgebung vor dem Europäischen Parlament 60 Demonstranten festgenommen.

Mit diesen Aktionen werden die Tayad-Aktivisten aus Ankara unterstützt, die dort in einem Park seit dem 20. Oktober 2003 in einem Solidaritätshungerstreik sind. Sie erinnern damit an den 20. Oktober 2000, als mehrere hundert politische Gefangene mit ihrem Todesfasten gegen die Einführung der F-Typ-Zellen begonnen hatten. Mit dem Sturm auf die Gefängnisse am 19. Dezember 2000 hatte die Regierung versucht, den Protest gewaltsam zu beenden. Doch bis zum heutigen Tag sind politische Gefangene im Todesfasten, das bisher schon 107 Todesopfer gefordert hat.

Eine ehemalige Gefängniswärterin schil-

derte die dramatischen Stunden am 19. Dezember 2000 während des Militäreinsatzes. So mussten Häftlinge hilflos mit ansehen, wie ihre Mitgefangenen in den durch Gaseinsatz brennenden Zellen starben. Viele Redner machten in ihren Reden deutlich, dass die Isolationshaft keine türkische Spezialität ist. So erinnerte eine Sprecherin der „Bewegung 18. Oktober“ daran, dass die Vorbilder für die F-Typ-Zellen in der BRD lagen. Dafür stehen Namen wie Köln-Ossendorf und Stuttgart-Stammheim, wo die Gefangenen aus der RAF Anfang der 70er Jahre totalisoliert wurden.

Das Symposium lieferte den daran beteiligten Gruppen Anstöße für weitere Aktivitäten gegen Isolationshaft und Repression. So wird in Berlin am internationalen Kampftag zur Freilassung der politischen Gefangenen am 18. März eine Demonstration stattfinden, wo Isolationshaft und die Schwarzen Listen von USA und EU mit sogenannten „terroristischen Organisationen und Einzelpersonen“ thematisiert werden soll. „Denn es gibt keine Gründe, den Kampf zu beenden“, erklärte die Sprecherin der Bewegung 18. Oktober.

Ariane Müller, Florenz, 21.12.03

Aufruf
zur Teilnahme an einer Prozessbeobachtungsdelegation nach Istanbul vom 22. – 26.2.2004
Der Armutlu-Prozess zur Bestrafung der Opfer dauert an!

„Hilfe und Unterstützung einer verbotenen Organisation“, lautet die Anklage gegen 19 Menschen, die Zeugen des staatlichen Angriffs auf Armutlu wurden, der am 5. und 13. November des Jahres 2001 stattfand.

Der Angriff endete mit der Ermordung von 4 Menschen.

Schwerbewaffnet griffen staatliche Einsatzkräfte an jenen Tagen an, um die Solidarität mit dem Widerstand in den Gefängnissen und das Todesfasten, dass in Armutlu geführt wurde, gewaltsam zu beenden. Wie schon beim Gefängnismassaker vom 19.-22. Dezember 2000 setzte der Staat chemische Waffen ein. Wie schon beim Gefängnismassaker verbrannte die Haut der Opfer, ohne dass ihre Kleidung Feuer fing.

8 Menschen befinden sich seit dem 5. November 2001 in Gefängnissen, obwohl ihre Schuld nicht bewiesen werden kann. Im Gegenteil: Sie sind freizusprechen; auf der Anklagebank müssten die staatlichen Mörder sitzen.

Während sich 8 der Angeklagten in verschiedenen Gefängnissen befinden, von denen eine Gefangene sich im Todesfasten befindet, sind die weiteren 11 auf freiem Fuß. Mittlerweile hat es 7 Verhandlungstage gegeben, ohne dass irgendwelche handfesten Ergebnisse erzielt wurden.

Bezweckt werde die Bestrafung der Angeklagten, indem der Prozess aufgeschoben werde und die Angeklagten somit ohne Schuldspruch im Gefängnis einsitzen, so die Vermutung der Verteidigung.

Zur Beobachtung des 8. Prozesstages am 25. Februar 2004 werden wir erneut eine Delegation nach Istanbul entsenden. Die Delegation wird sich vom 22.-26. Februar in Istanbul aufhalten, um sich mit diversen Menschen und Organisationen vor dem Prozesstag treffen und unterhalten zu können. So werden das Istanbuler TAYAD Büro-, eine Angehörigenorganisation von Gefangenen, das Rechtsbüro des Volkes HHB, die Verteidigung, die politische Zeitschrift „Ekmek ve Adalet“, Toedsfastenveteranen und Gewerkschaften besucht werden können.

Wir rufen hiermit alle Menschen, die der Würde des Menschen Wert beimessen, dazu auf, sich an dieser Delegationsreise zu beteiligen und den 8. Armutlu-Prozess zu beobachten.

Broschüre zum 10. Jahrestag des Betätigungsverbotes der PKK

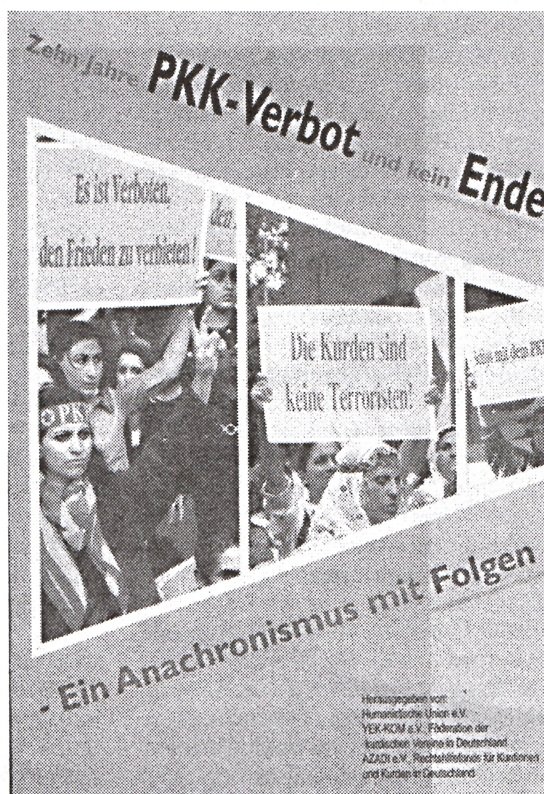
Am 26. November vor 10 Jahren hat der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther das Betätigungsverbot der PKK erlassen, mit einschneidenden Folgen für die Kurdinnen und Kurden in Deutschland. Dennoch: Trotz des Verbotes und massiver Repression in den vergangenen Jahren, konnte dies die Menschen nicht daran hindern, weiterhin für ihre legitimen Rechte politisch zu kämpfen und sich beharrlich für eine Lösung im Kurdistan-Konflikt einzusetzen. Die kurdische Bewegung hat insbesondere in den letzten fünf Jahren eindrucksvoll ihre Fähigkeit bewiesen, sich grundlegend strukturell und politisch zu verändern und in die Zukunft weisende Perspektiven zu entwickeln. Die einstigen Beweggründe für das PKK-Verbot sind längst beseitigt. Dennoch werden den Kurdinnen und Kurden nach wie vor fundamentale demokratische Rechte vorenthalten. Immer noch stehen kurdische Politiker wegen ihrer politischen Betätigung vor Gericht oder befinden sich in Strafhaft.

In den Beiträgen der Broschüre setzen sich die Autor(inn)en aus verschiedenen Blickwinkeln mit dem PKK-Verbot und seinen Folgen auseinander. Doch münden alle in der Erkenntnis, dass die Aufhebung dieses Verbotes ein friedenspolitischer Schritt der BRD sein sollte. Die Autor(inn)en: Rainer Ahues (Rechtsanwalt), Prof. Andreas Buro (Koordinator des Dialogkreises „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden), Mehmet Demir (Vorsitzender der Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland), Dr. Rolf Gössner (Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte), Michael Heim (Rechtsanwalt), Mark Holzberger (Referent der bündnisgrünen Bundestagsfraktion), Duran Kalkan (Mitglied des Präsidiums des „Kongresses für Freiheit und Demokratie in Kurdistan, KADEK), Marei Pelzer (Mitarbeiterin bei Pro Asyl), Dr. Heinz Jürgen Schneider (Rechtsanwalt und Rote Hilfe) sowie Azadi.

Die Broschüre wird herausgegeben von der Humanistischen Union, der Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland (Yek-kom) sowie AZADI und unterstützt vom Bundesvorstand der Roten Hilfe. Bestellt werden kann die Broschüre beim Literaturvertrieb der Roten Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel, Tel.&Fax: 0431 – 751 41, e-mail: literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Weil wir die Broschüre kostenlos abgeben, würden wir uns über eine Spende freuen, um den Druck einer angedachten zweiten Auflage finanzieren zu können.

Bankverbindung von AZADI: GLS-Gemeinschaftsbank Frankfurt/M., Kto.-Nr. 803 578 2600, BLZ: 430 60 967



„Ich liebe meinen Bruder"

ein Plädoyer für seine Verweigerung des Militärdienstes – von Adam Maor

Zeugnis, abgegeben vor dem Militärgericht in Jaffa am 15.7.2003. Adam Maor ist ein 19-jähriger Israeli, der vor Gericht steht, weil er sich weigert, an der Besatzung von palästinensischem Land teilzunehmen und an Gewalt gegenüber Palästinensern.

Refuser Solidarity Network 08.10.2003

Ich habe große Schwierigkeiten, wenn ich meine Weigerung, in der israelischen Armee zu dienen, zu erklären versuche. Ich habe Mühe, den Weg aufzuzeigen, auf dem meinem Gewissen klar wurde, dass für mich der Militärdienst heute im Gegensatz zu den meisten meiner Werte steht. Es ist auch schwierig für mich, den Prozess zu beschreiben, der mich zu dem Schluss brachte, wenn ich in die Armee eintrete, bedeutet das für mich, dass ich ein Komplize der Übeltäter gegenüber fast 10 Millionen Menschen werde.

Die Besatzung ist nämlich nicht unsere einzige Sünde seit 1967; sie besteht aus einer Reihe von Sünden, die mit schlechter Verwaltung unmoralischer Handlungen zusammenhängt. Besatzung ist eine unmoralische, andauernde Tätigkeit. Es ist eine sich immer wieder erneuernde Sünde, die Hunderte und Tausende von Sünden auf täglicher Basis begeht. Sogar jetzt, wo wir hier in diesem wunderschönen Gebäude zusammen sprechen, wütet die Besatzung frei durch ganz Palästina und verschont niemanden. Checkpoints, Fahrverbot, häufige Ausgangssperren, aber am schlimmsten die erstickende Gegenwart der Unterdrückung durch die Siegerarmee, die die Einwohner Palästinas quält, so wie sie sie in den vergangenen 36 Jahren gequält hat.

Da ich hier, trotz der Schwierigkeiten, Zeugnis darüber ablegen muss, habe ich ein paar typische Beispiele ausgewählt, die ich selbst erlebt habe und die mich besonders berührt haben.

Ich will vor Ihnen die Fälle und Fakten darlegen, die ich erfahren habe, aber auch meine persönliche Ansicht über die Dinge und die Folgerungen daraus. Am Ende meines Zeugnisses will ich über die Faktoren reden, die bei der Bildung meiner Weltsicht, meines Gewissens und meiner Ideen wichtig waren und die die israelische Besatzung der Westbank und den Militärdienst betreffen.

***

Taayush– (T. ist eine israelisch-palästinensische Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Palästinensern beim täglichen Überlebenskampf unter Besatzung zu helfen und unnötige Schikanen an den Checkpoints und auf den Straßen zu verhindern) **Aktion im Dorf Yanun.**

Yanun ist ein winziges Dorf nicht weit vom palästinensischen Ort Akraba und der israelischen Siedlung Itamar. Nach dem Osloabkommen zwischen Israel und Palästina und der Idee einer permanenten Lösung sollte Itamar aufgelöst werden. Um die Auflösung zu verhindern, entschied man, eine durchgehende Reihe von Siedlungen zwischen Itamar und dem Jordantal zu schaffen, einer Region, die keine israelische Regierung aufgeben wollte. Um die durchgehende Linie aufrecht zu erhalten, wurden 4 Siedlungen gegründet: Gidonim 1, 2, 3 und die For-ever-Ranch – nach israelischem Gesetz alles illegale Siedlungen. Alle diese Siedlungen umgeben die Ruinen von Yanun und liegen auf den Hügeln rund herum. Übrigens war es für Yanun seit 1992 von der zivilen Verwaltung Israels verboten, sich auszudehnen. Durch die verbotene Expansion und das Verbot, neue Häuser zu bauen, verurteilte die zivile Verwaltung – ohne ersichtlichen Grund – alle jungen Paare, außerhalb des Ortes zu leben, und begrenzte so die Bevölkerung auf alte Leute und ihre kleinen Kinder. Nach dem Ausbruch der Intifada fingen die Siedler an, die Dorfbewohner zu tyrannisieren, um sie wegzuscheuchen. Die Siedler drangen in die Häuser der Dorfbewohner ein, schlugen sie, wuschen sich, ihre Hunde und ihre Wäsche in dem Trinkwasser des Dorfes. Sie beraubten die Dörfler und behinderten sie an der Olivenernte – die Oliven sind aber die einzige Lebensgrundlage. Nachts kamen die Siedler von Gideonim, stiegen auf die Dächer von Yanun mit dem einzigen Ziel, die Bewohner in Angst und Schrecken zu versetzen.

All diese schrecklichen Taten waren dem Militär und den zivilen Behörden wohl bekannt, weil dies in der Zone C geschah, die immer unter israelischer Kontrolle war. In den anderen von Israel besetzten Gebieten gaben die Armee und die zivilen Behörden stillschweigend zu solchen Aktionen ihr Einverständnis und behinderte sie nicht daran, obwohl sie wussten, dass solches Tun im Gegensatz zu jedem moralischen Maßstab war.

Während einer der Angriffe näherte sich der Dorfälteste den Siedlern, die dabei waren, das Trinkwasser des Dorfes zu verunreinigen, und bat sie, dieses Wasser nicht zu benützen, weil es die einzige Trinkwasser-

Freiheit für Ashraf Ibrahim!

In Ägypten steht seit dem 6. Dezember der Antikriegsaktivist Ashraf Ibrahim vor Gericht. Er braucht die Solidarität der Kriegsgegner weltweit. Ashraf Ibrahim ist zusammen mit vier weiteren Kriegsgegnern – Nasser Farouq, Yehia Fakry, Mustafa El Basiony und Remoan Edward Gendi – angeklagt. Ashraf ist seit dem 17. April 2003 inhaftiert, die anderen Angeklagten verstecken sich momentan vor der Polizei. Ihnen soll der Prozess gemacht werden, weil sie im März 2003 an Demonstrationen gegen die Unterstützung des Irakkrieges durch die ägyptische Regierung beteiligt waren. Im Februar und März wurden insgesamt etwa 1000 weitere Kriegsgegner in Ägypten festgenommen.

Ashraf Ibrahim wurde dreieinhalb Monate lang von der Polizei ohne Anklage festgehalten. Erst durch einen Hungerstreik erzwang er die Eröffnung seines Verfahrens.

Den fünf Kriegsgegnern wird vorgeworfen:

1. Teilnahme an Demonstrationen, die die öffentliche Ordnung stören.

2. Schädigung des Ansehens des ägyptischen Staates durch Weitergabe von angeblich falschen Informationen an internationale Menschenrechtsorganisationen (!).

3. Die Gründung einer illegalen politischen Organisation.

In Ägypten herrscht seit über zwanzig Jahren Ausnahmezustand – grundlegende Bürgerrechte wie die Organisationsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht sind aufgehoben. Gegen Ashraf Ibrahim wird vor einem Sondergericht für Staatssicherheit verhandelt. Nach Einschätzung der Freunde der Angeklagten ist der Ausgang des Verfahrens absolut offen, weil es vor den Sondergerichten keine klaren juristischen Kriterien für das Verfahren gibt. Der Staatspräsident kann jedes Urteil dieser Gerichte kassieren und vor ein anderes Gericht gehen, falls die Urteile zu moderat sind. Die Angeklagten können dagegen nicht in eine zweite Instanz gehen, wenn das Urteil zu drakonisch ist. Scott Long von Human Rights Watch erklärte am 1. August in einer Stellungnahme: „Ägyptens Verfolgung von Ashraf Ibrahim symbolisiert die Entschlossenheit der Regierung, legitimen Widerspruch zu bestrafen."

Nur internationaler politischer Druck kann die Angeklagten vor einer Verurteilung schützen. Anfang März 2003 war die ägyptische Regierung schon einmal gezwungen, inhaftierte Kriegsgegner auf Grund internationaler Proteste freizulassen.

Ihr könnt den ägyptischen Kriegsgegnern helfen, indem ihr

- Protestbriefe an die ägyptischen Botschaften in Deutschland, den ägyptischen Präsidenten Mubarak und den Generalstaatsanwalt Ägyptens schreibt.
- Unterschriften für die Freilassung Ashraf Ibrahims sammelt und bei den Botschaften und Konsulaten Ägyptens übergebt.

Weitere Infos zum Verfahren gibt's unter aegyptensolidaritaet@gmx.net

Unterschriftenliste unter: ww.attac.de/globkrieg/ashrafibrahim.pdf

•

quelle des Dorfes wäre. Ein paar Tage später kamen ein paar junge Männer zu seinem Haus und schlugen ihn vor seiner Frau und den Kindern bewusstlos. Am selben Tag erhielt er einen Anruf von einem Mann mit Namen Avri Ran. Er übernahm die Verantwortung für das Schlagen und warnte ihn, sich noch einmal in die Aktionen der Siedler einzumischen. Dieser Mann sagte, dass diese Schläge nur eine Lektion war, die ihn lehren sollte, wer die Region kontrolliert. Das nächste Mal würde es viel schmerzvoller werden. Diese Aktionen war nicht einmalig. Sie wurden immer schlimmer und wurden zur Routine. Nach zwei Jahren unaufhörlicher Schikanen gegenüber den Einwohnern von Yanun verließen sie das Dorf. Kurz vor dem Verlassen ermordeten die Siedler Hani Ben Mania im Olivenhain in der Nähe des Dorfes Akraba.



Links auf dem Plakat: Adam Maor. Er hat bei Erscheinen dieser Zeitung 316 Tage im Gefängnis verbracht wegen Verweigerung des Kriegsdienstes. Die Petition für seine Freilassung kann heruntergeladen werden bei: http://www.taayush.org/

Ich kam mit einer Taayush-Aktion ins Dorf, bei der Aktivisten im Dorf schlafen sollten, um die Dorfbewohner, von denen einige dann tatsächlich nach Hause kehrten, vor den Siedlern zu schützen. Der Weg dorthin war nicht ohne Probleme. Die israelische Armee ist gegenüber solchen Aktionen sehr feindlich und versucht sie zu stoppen und überall zu unterbrechen. Uns war gesagt worden, dass es auf dem Weg nach Akraba eine Militärsperre gibt und dass wir einen Umweg machen müssten auf einer Straße, die von der Armee zerstört worden war, sodass Palästinenser nicht mehr auf ihr fahren konnten. Wir wollten bei der Olivenernte helfen, doch weil wir zu spät waren, gingen wir direkt zum Dorf. Unterwegs sahen wir Leute, die an einem Generator arbeiteten, den die Siedler in Brand gesteckt hatten.

Im Dorf angekommen, ließen wir uns in einem Haus nieder, das man uns geliehen hatte. Dann gingen wir vor Sonnenuntergang durchs Dorf. In der Dämmerung sahen wir Leute sitzen und miteinander plaudern und nicht weit von ihnen eine Gruppe spielender Kinder. Es war ein unglaublicher Anblick, dessen sich das Dorf erfreute. Und ich sah auf jedem Hügel, den Kreuzfahrerfestungen ähnlich, die Höfe von Gideonim, die einen großen Schatten auf die ganze Gegend warfen. Ich musste nicht weit gehen, um zu entdecken, dass die Atmosphäre friedlichen Lebens, wie sie mir die Leute zu meiner Linken vermittelten, nichts als eine Illusion war. Das Haus, aus dem ich kam, war eines von denen, die das Tal überblickten. Von seiner Rückseite sah ich das verlassene Dorf, seine im Zwielicht gespensterhaften Häuser, die an dort begangene Gräueltaten erinnerten. Mir war klar, dass ich nicht nur auf Yanun schaute, sondern auf eine Wiederholung verwüsteter Dörfer in der Geschichte, auf Pogrome in anderen Ländern und zu einer anderen Zeit – nur diesmal waren wir die Kosaken.

Jeder, der sah oder hörte, was in Yanun geschah, würde erschreckt sein. Keiner mit gesundem Menschenverstand würde die Tatsache in Frage stellen, dass Avi Ran, der all diese Aktionen angeführt hatte, ein Terrorist ist, ein Beispiel für einen Terroristen. Ich möchte aber betonen, dass mein Zorn sich nicht gegenüber Avri Ran und seiner Bande erhob. Religiöser und national fanatischer Fundamentalismus und rassistische Manifestationen wie diese sind überall ein Teil der Geschichte, und das jüdische Volk unter anderen Minoritäten hat diese immer wieder erlebt. Meiner Ansicht nach ist nun die Frage, wie hat die gesunde/ vernünftige Mehrheit in solchen Fällen reagiert?

Es ist ganz sicher, wäre Avri Ran mit seinen Burschen in mein Haus eingebrochen, hätte er mich geschlagen und ausgeraubt, das wäre nicht zwei Jahre lang unbehelligt so weitergegangen oder nur mehr als einmal. Es ist auch ganz sicher, wenn die palästinensischen Dorfbewohner von Yanun sich einer jüdischen Siedlung genähert hätten, dann hätte die Armee sehr schnell reagiert. Aber Avri und seine Burschen erfreuen sich der Immunität, wenn nicht gar der Zusammenarbeit mit der Armee und allen anderen israelischen Behörden in den besetzten Gebieten. Die vernünftige Mehrheit stoppt in diesem Fall nicht nur nicht die Terroristen; sie finanziert und schützt sie und kooperiert mit ihnen. So geschieht es, dass Leute, die nichts mit diesen fanatischen Hooligans gemeinsam haben, sie schützen, zwischen ihnen und deren Opfer unterscheiden und viele andere Taten der Armee unterstützen, um die kriminelle Besiedlung der Westbank zu fördern, z.B. auch die Annexion von Gebieten unter dem Vorwand von Sicherheitsbedürfnissen und mit dem Ziel, später Siedlungen darauf zu bauen und noch mehr Vergehen von Diskriminierung und Apartheid zu begehen. Wenn die Armee zum Werkzeug der fanatischen Fundamentalisten wird, dann wird jeder einzelne ihrer Soldaten, unwissentlich oder unbedacht selbst zu einem fanatischen Fundamentalisten.

***

Die Höhlen in den südlichen Hebroner Bergen. Eine andere Aktion von Taayush, an der ich mich beteiligte, war die Fahrt in die südlichen Hebroner Berge. Wie man uns im Voraus sagte, hinderten Siedler die Kinder daran, zur Schule zu gehen, da die Straße zu ihr an einer Siedlung vorbeiläuft. Sie würden Steine auf die Kinder werfen und sie mit ihren Waffen bedrohen. Die Folge dieser Drohungen: die Kinder müssten zweimal am Tag 7km laufen, statt des üblichen 1km Schulweg. Deshalb war ein Drittel der Kinder – meist 1. und 2. Klasse – der Schule ferngeblieben, da sie unfähig waren, so weit zu gehen. Unsere Aufgabe war es nun, die Kinder zur Schule zu begleiten und sie vor ihren Angreifern zu schützen. Wir brachten auch zwei LKWs mit Wasser mit und Schulbedarf. Ich kam also, um die Kinder gegenüber den Siedlern abzusichern. Keiner stoppte die Schikanen gegenüber diesen Kindern.

Aber als wir ankamen, erfuhren wir, dass die Siedler das geringste Problem waren. Hier – im Gegensatz zu Yanun – war es nicht die Armee und die Zivilbehörden, die den Siedlern halfen, sondern umgekehrt, diese halfen ihnen, Verbrechen zu begehen. Die südlichen Hebroner Berge waren wieder C-Gebiet, das vollkommen von Israel beherrscht wird. Die (pal.) Bewohner leben dort seit 1830 und haben eine einzigartige Kultur und eine besondere Lebensweise entwickelt. In den 1970er Jahren wurde dieses Gebiet zum militärischen Sperrgebiet erklärt, wieder unter dem unerklärten Vorwand von Sicherheitsbedürfnissen. Aber seitdem hat an diesem Platz nie eine Armeeübung stattgefunden. 1977, 1982 und 1997 gab es Versuche, die Bewohner zu vertreiben, indem ihre Hütten und Gebäude zerstört wurden. Später wurden sie von ihren Besitzern wieder aufgebaut. 1984 gab es eine endgültige Vertreibung der Bewohner von Hirbet Algeneba. Die Höhlen, in denen die Leute seit Generationen lebten, wurden blockiert und die Brunnen mit Dreck gefüllt. Der Status der südlichen Hebroner Berge hat sich 1994 vollkommen verändert, als die Option einer israelisch-palästinensischen Lösung zur Sprache gebracht wurde. Moshe Yaalon, heute der Generalstabschef der israelischen Armee, sagte am 15. Februar 2000 bei einem Gespräch mit israelischen Schriftstellern, dass in dem Augenblick, wo Israel ein Abkommen über endgültige Grenzen bevorsteht, es ein Interesse gibt, dieses Gebiet in israelischen Händen zu halten. Das bedeutet, dass dies von der einheimischen Bevölkerung „gereinigt" werden müsste und mit israelischen Bürgern besiedelt werden sollte. Mit einem anderen Wort: Transfer,

Vertreibung.

Im November 1999 vertrieb das Militär 750 Menschen aus ihren Wohnbereichen und zwang sie so, sich bei Winterkälte im Freien aufzuhalten. Armeebulldozer zerstörten jede Unterkunft, jede Hütte, jedes Strohhütte und Gebäude und verschloss alle Höhlen. Im Frühling 2000 nach einem harten Winter der Heimatlosigkeit und einem fortdauernden Kampf durch Menschenrechtsgruppen informierte der Oberste Gerichtshof die Armee, die Leute wieder in ihre Heime zurückkehren zu lassen.

Eine gründlichere Vertreibung geschah im Juli 2001 nach dem Mord von Yair Har Sinai, einem Siedler der Gegend. Die Armee kam ein paar Tage nach dem Mord und zerstörte das Dorf in beispielloser Weise. Die Höhlen, die beim ersten Mal nur verschlossen worden waren, wurden nun vollkommen zerstört, die Ernte vernichtet, das Vieh getötet, die Brunnen vollkommen zerstört. Das Eigentum der Leute wurde verwüstet, und die ganze Aktion wurde durch unbarmherzige Akte der Gewalt begleitet. Schockgranaten wurden gegen unbewaffnete Zivilisten geworfen, die sich in ihren Wohnhöhlen versteckt hielten, um die Vertreibung zu beschleunigen. Unschuldige Leute wurden zusammengeschlagen, obwohl sie keiner Sache beschuldigt wurden. Unter den Vertriebenen waren Leute, die vom Obersten Gericht informiert waren, dass sie in ihre Wohnhöhlen zurückkehren könnten. Die Armee war so eifrig, dass sogar die vom Roten Kreuz zur Verfügung gestellten Zelte zerstört und alle humanitäre Hilfe verboten wurde. Diese Aktionen wurden ohne Vorwarnung ausgeführt und mit vollständiger Nichtbeachtung der Order des Obersten Gerichtshofes. Nach Zeugenaussagen, die von der Menschenrechtsorganisation B'tselem gesammelt worden waren, waren 15 Zivilisten unter den Militärs, einige mit einer Kippa auf dem Kopf. Die Soldaten sagten zu den Einwohnern, dass sie einen Vater von neun Kindern getötet hätten und dass ihre Strafe noch zu leicht sei.

Die Dörfler, die zum größten Teil Hirten waren, konnten nicht weggehen und blieben dort obdachlos, ohne Wasser und ohne Herde. Als wir in dieses Gebiet kamen, wurde uns von der Armee gesagt, dass dies eine Militärsperrzone sei. Das Wasser, das wir irgendwie den dort gebliebenen Leuten brachten, war am nächsten Tag ausgelaufen, weil die Soldaten den einzigen Brunnen gesprengt hatten ...

Da wir nicht tun konnten, was wir tun wollten, fuhren wir durch das Gebiet und sahen dort, was wir schon in Yanun gesehen hatten: Zerstörung, Ruinen und ein paar verzweifelte Leute. Wir verbanden unser Telefon mit Lautsprechern, um in der Lage zu sein mit den Leuten zu sprechen – und was ich niemals vergessen werde: von der anderen Seite der Leitung hörten wir plötzlich die Kinder, die wir eigentlich zur Schule bringen wollten. Sie sangen Friedenslieder. Wieder sah ich mich einer Situation gegenüber, die ich nicht ertragen konnte. Dieses Mal war es im Gegensatz zu Yanun nicht die Aktion von ein paar Wahnsinnigen vom Rande der Gesellschaft, sondern ein organisiertes Verbrechen, begangen von Soldaten in meinem Alter oder gar jünger. Von jungen Leuten, die nicht unbedingt diese Aktionen gut heißen und die vielleicht gar nicht begriffen haben, was sie getan haben. Sie erhielten einen Befehl zu vertreiben – und sie gehorchten. Sie gehorchten Befehlen, die kategorisch unmoralisch waren.

***

URI. Doch kann ich nicht die Schuld für all die üblen Taten, die ich bis jetzt beschrieben habe, den Soldaten in die Schuhe schieben, die sie tatsächlich begangen haben, weil ich die Soldaten genau so wie die Palästinenser, ja, auch die Opfer der Selbstmordattentäter als Opfer der israelischen Besatzung sehe. Deshalb will ich ihnen von Uri erzählen, den ich im Gefängnis getroffen habe, natürlich nicht weil er den Dienst verweigert habe. Ich traf Uri während meiner ersten Nacht im Gefängnis. Ich hatte kein Bett, er bemerkte es und „organisierte" mir eines, was gar nicht so einfach war.

Wenn man ins Gefängnis kommt, wird man kurz über den Ort und die Normen unterrichtet und erst später wird man nach der Art des begangenen „Verbrechens" gefragt, und woher man kommt und warum man hier ist. Die Reaktionen auf Verweigerung aus Gewissensgründen waren unterschiedlich, wurden aber gewöhnlich irgendwie anerkannt. Die meisten Fragen betrafen gewöhnlich technische Aspekte und die Konsequenzen solchen Tuns. Einige fragten nach den Motiven. In jener Nacht war die Reaktion untolerant und zornig. Besonders einer der Mitgefangenen schrie mich an, und Uri beschwichtigte ihn. „Ich möchte wissen, was er zu sagen hat." Später saßen wir zusammen und redeten. Jeder erzählte von seinen Erfahrungen in den besetzten Gebieten. Unser Gespräch war von da an immer höflich und ruhig. Uri kommt aus Yeruham, einer armen und benachteiligten Stadt im Negev, wo der größte Teil der Bevölkerung marokkanischen Ursprungs ist und orthodox. was die Religion betrifft.

Uri behauptete, dass er, als er zur Armee ging, ziemlich frei von irgend welchen politischen Neigungen war; außer einem tiefsitzenden Hass gegenüber allen Arabern und dem Wunsch, sie alle zu töten, der sich bei der Armee entwickelte. Er kümmerte sich sonst nicht um Politik und Politiker.

Er wusste nichts von einer „Grünen Linie" (die Grenzlinie, die Israel vor 1967 von den besetzten Gebieten trennte) oder was das Oslo-Abkommen war. All diese politischen Begriffe waren für ihn ohne Bedeutung. Uri diente in einem regulären Regiment und war mächtig stolz auf seine Einheit. Er behauptete, dass er all seine Werte während des Militärdienstes erworben habe und dass seine Persönlichkeit dort geprägt wurde. Als ich ihn fragte, wie einige der Dinge, die er tat, mit den Idealen der Menschenwürde zusammenpassten und mit der „Reinheit der Waffen", antwortete er ohne zu zögern: „Dies zählt nicht; die Palästinenser sind keine menschlichen Wesen."

Eines Nachts nahmen Uri und seine Einheit einen Mann gefangen, der im Begriff war, in eine Siedlung einzudringen. Sie überließen ihn während der Nacht den Siedlern. Am nächsten Morgen fanden sie ihn blutend und voll blauer Flecken an einem Baum festgebunden; ein Zehennagel und einige Zähne fehlten. Die Soldaten ließen ihn noch einen letzten Wunsch aussprechen. Er bat um eine Zigarette. Sie zündeten eine Zigarette an und löschten sie auf seiner Zunge aus. Sie waren im Begriffe – auf Befehl ihres Kommandeurs – ihn zu töten, als einer der Siedler kam und ihnen sagte, die Gefangennahme eines lebenden Terroristen sei berichtet worden, und dass Reporter auf dem Wege seien. Bei einer anderen Gelegenheit nahmen Uri und seine Freunde die drei Kinder einer Familie eines nach dem anderen und simulierten, sie zu töten, um die Zusammenarbeit ihrer Eltern zu erzwingen.

Es gibt wenig Menschen, deren Freundschaft ich so sehr schätze wie die von Uri. Aber ich konnte nicht glauben, dass dieser sensible, rücksichtsvolle und weiche Bursche dieselbe Person ist, die all diese Taten begangen hat, von denen er mir erzählt hat.

Nach 18 Jahren: Mordechai Vanunu vor Freilassung



In diesem Frühjahr wird Mordechai Vanunu, inzwischen 50 Jahre alt, seine Haftstrafe bis auf den letzten Tag verbüßt haben und freikommen. 18 Jahre Gefängnis in Einzelhaft hat der israelische Wissenschaftler dafür bekommen, dass er das Schweigen durchbrochen und die Weltöffentlichkeit über das israelische Atomprogramm informiert hat. 1986 gab er seine Kenntnisse weiter an die *Sunday Times* in London. Kurze Zeit später kidnappte ihn der israelische Geheimdienst in Italien und verschleppte ihn nach Israel, wo ihm unter Ausschluss der Öffentlichkeit der Prozess gemacht wurde. Zwölf Jahre verbrachte Vanunu allein in einer zwei mal drei Meter großen Betonzelle, erst 1998 wurden seine Haftbedingungen etwas gelockert. 2002 wurde ein Gnadengesuch abgelehnt mit der Begründung, Vanunu stelle noch immer eine Gefahr für Israels Sicherheit dar. Tatsächlich hat der Kämpfer für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen immer erklärt, dass er alles wieder so machen würde wie damals und dass er nichts bereue.

Nachdem ich in psychologischer Fachliteratur nachgelesen hatte, verstand ich dies besser: Uri dient in der Armee unter Bedingungen der Furcht. Die Furcht weckt in ihm den Impuls der Aggressionen. Selbst nachdem die Bedrohung neutralisiert war (der Mann war unbewaffnet), blieb er voller aggressiver Gefühle. Er hasste den Mann und wollte ihn töten. Er wurde eine gespaltene Persönlichkeit: er konnte Uri, den moralischen Mann, nicht mit Uri, dem aggressiven, versöhnen, so hat er die Menschlichkeit des anderen (des Palästinensers) geleugnet und so sich von der Schuld des Folterns freigesprochen. Ein anderer Aspekt muss berücksichtigt werden, der soziale. Wenn Uri nicht seinen Verteidigungsmechanismus aktivieren kann, der ihm erlaubt, aggressiv zu sein , riskiert er, ein Ziel der Verachtung, der Kritik und sogar der Bestrafung durch den Kommandeur zu werden. Sehr wenige dieser jungen Leute können diesen Preis ertragen. Ein Artikel, den ich las, endete mit folgendem Satz: „Auf diese Weise wird aus einem 19-jährigen Gymnasiasten auf einmal ein Richter, ein Henker und ein Totengräber ... Auf diese Weise wird aus einem unschuldigen, sensiblen Jungen ein gewalttätiger". Was wird aus Uri in der Zukunft? Eine übertriebene Anwendung des Verteidigungsmechanismus macht einen oberflächlich, hart und verschlossen. Es ist eines der Merkmale einer kranken Persönlichkeit und einer der Gründe für einen möglichen Nervenzusammenbruch in der Zukunft, wie es immer wieder in psychologischen Berichten über Soldaten und Ex-Soldaten nachgewiesen wird.

Unerträgliche Schuld, Scham, Alpträume und Ruhelosigkeit, Angstanfälle sind nur ein paar der Nachwirkungen von begangenen Taten, ohne sie dem eigenen Gewissen zuzugestehen.

Das wissen wir von Leuten, die um Hilfe bitten. Die meisten bleiben innerhalb dieses Gefühlstrudels, ohne zu erkennen, was mit ihnen geschieht.

Wenn man weiß, dass das Hinausschicken von Leuten, um eine zivile Gesellschaft zu erobern und zu unterwerfen, nicht nur unnötig, sondern auch kriminell ist, wenn man weiß, dass solch ein Dienst das Urteilsvermögen trübt und ihn sein Leben lang psychisch zum Krüppel macht, so kann und will ich es nicht tun. Ich mache mir keine Sorgen um meine Seele, weil ich meinem Bewusstsein und meiner Stärke vertraue, zwischen Moral und Unmoral unterscheiden zu können. Aber ich will nicht bei einem doppelten Verbrechen beteiligt sein: dem Verbrechen gegen die palästinensische Bevölkerung und dem Verbrechen gegenüber der israelischen Jugend.

Nachdem ich Uri kennen gelernt habe, bin ich noch sicherer, dass ein Mann in dieser Situation kein moralisches Urteil haben kann. Sein Urteil ist von Furcht und Angst getrübt und ist gegen Leute gerichtet, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu schützen, weil er hoch ausgerüstet ist. Ich will keine Verantwortung für den psychischen Zustand von Soldaten und deren Taten übernehmen, weder als Partner noch als Mittäter.

***

Brian: hier ist zunächst ein Zitat aus dem Bericht von Brian Ivory, einem Freiwilligen der ISM über die Ereignisse des 5. November 2002 in Jenin: „An jenem Tag wachte ich nachmittags von einem langen Schlaf auf, da ich die Nacht über in den Ambulanzen des lokalen palästinensischen Hilfswerkes Dienst getan hatte. Einige Freunde kamen und wir entschieden uns, hinunterzugehen, weil wir wussten, dass palästinensische Kinder auf der Straße spielten, obwohl Ausgangssperre war, und sie verletzt werden könnten. Wir trugen unsere leuchtend roten Jacken und gingen hinaus. Wir sahen kein Militär auf der Straße und gingen nach Süden, um andere Freunde zu treffen. Dann hörten wir Armeefahrzeuge sich nähern. Wir dachten, es ist klug, stehen zu bleiben und sie vorbeifahren zu lassen, um keinen Verdacht aufkommen zu lassen. Die Fahrzeuge waren mit Kanonen bestückt. Wir hoben unsere Arme hoch, um ihnen zu zeigen, dass wir keine Gefahr darstellen. Es war früher Abend und alle Straßenlaternen waren an. Plötzlich wurde von den Fahrzeugen aus geschossen. Ich wurde ins Gesicht getroffen und fiel zu Boden und versuchte, am Leben zu bleiben. Als ich aufwachte, war ich im Rambam-Krankenhaus in Haifa in der Abteilung für Kieferchirurgie. Alles, was ich weiß, ist, dass wir während des Schießens die einzigen weit und breit waren und dass die Soldaten nicht anhielten und keinerlei Hilfe anboten."

> *„Here's freedom to him, who would speak, here's freedom to him who would write. For there's non ever feared, that the truth should be heard. Save he who the truth would indict."*
>
> Robert Burns

Ich traf Brian im Krankenhaus, wo ich selbst behandelt wurde. Den Ärzten war es gelungen, seinen rechten Kiefer mit Knochen aus seinem Schädel wieder herzustellen, einen Teil seines Mundes wieder herzustellen auch einen Teil seiner oberen Backenknochen, damit sie sein Auge wieder einsetzen können, und er sehen kann. Als ich in sein Zimmer kam, las er. Ich stellte mich vor. Zunächst war der Anblick unerträglich. Er war sehr dünn, weil er nur direkt über den Magen ernährt wurde. In seinem Hals ist ein Loch zum Atmen und über seinen Kopf läuft eine große Narbe. Es ist sehr hart für mich, die Schwere des Schocks zu beschreiben, den ich beim Treffen mit Brian empfand, weniger wegen seines schrecklichen Aussehens, sondern weil man ihn nicht ansehen konnte, ohne daran zu denken, was er durchgemacht hat und was ihm noch bevorsteht. Ich war mir sicher, dass er nicht gern mit Leuten zusammentraf, noch dazu Israelis. Aber ich hatte mich geirrt.. Er hieß mich herzlich willkommen, freundlich und klug, und wir hatten viele interessante Gespräche.

Brian kam als Freiwilliger der ISM-Bewegung in die besetzten Gebiete. Ihre Aktionen waren ganz verschieden: Unterricht in Schulen, von alltäglicher Hilfe für die Bevölkerung bis zum aktiven Protest gegen die Zerstörung von Häusern und anderen unbarmherzigen Taten durch die Armee. Sie hatten auch die Rolle von Beobachtern der Menschenrechte und berichten jede Verletzung. Genau deshalb war Brian an diesem Abend auf der Straße, speziell gekleidet, sodass man ihn leicht erkennen konnte.

Die Armee tut alles, um die Aktivitäten der Freiwilligen zu unterbrechen. Einige von ihnen sind schon lange Zeit ohne Gerichtsurteil verhaftet gewesen, einige sind zusammengeschlagen worden, ihre Computer wurden konfisziert und in ihre Büros war eingebrochen worden. Die letzte Aktion gegen sie ist die, in der Brian verletzt wurde, das unerwartete Schießen ins Gesicht oder das Töten durch einen Bulldozer, wie es gegenüber Rachel Corrie, einem anderen ISM-Mitglied, geschah. Bei Folgendem muss ich zugeben, dass es meine Interpretation ist: denn die Armee leugnet, dass das Töten/ Verletzen der drei Freiwilligen so kurz hinter einander absichtlich war. Tatsache ist, dass keiner der „Killer" bestraft wurde.

Brian war zornig aber auch voller Zuneigung und nannte Haifa seine 2. Heimat, wegen all der Leute, die sich um ihn sorgten und ihn besuchen kamen. Er ist ein Optimist. Er will dieses schreckliche Geschehen überwinden. Brian ist (inzwischen) zurückgekehrt und muss sich noch einer Reihe von Operationen unterziehen. Die Armee weigert sich, sie zu bezahlen. Sie behauptet, sie hätte nichts mit dem Schießen zu tun. Seine einzige Sünde – so er selbst – war es, in der Schusslinie der Armee gestanden zu haben. Und dass er sich nicht mit dem Schlimmen abfinden kann, das Menschen gegenüber getan wird, egal wie weit weg sie von seinem eigenen Lande leben.

Die Armee wählte ihn als exemplarisches Opfer, eines von jenen, auf die sie ihre berüchtigte Abschreckungsmacht baut.

***

Vor meinem Schlusswort: Bevor ich zum Ende meines Zeugnisses komme, will ich noch ein paar Worte über mich selbst sagen, über die Umstände, die meine Weltsicht prägten, und die mich direkt oder indirekt dahin brachten, das zu tun, was ich getan habe. Ich beginne mit der Musik. Ich begann mit 13 Jahren, klassische Gitarre zu spielen. Als ich älter wurde, wurde Musik das Wichtigste in meinem Leben. Musik ist für mich kein Hobby . Sie bedeutet Kommunikation und Schönheit ... Musik lehrte mich, das Wunder im Menschen zu sehen und die Tiefe seines Wesens zu erkennen – und zwar bei jedem Menschen. Nachdem mir dies klar war, emp-

fand ich ein tieferes Mitgefühl gegenüber Menschen......

Nebenbei habe ich mich immer als Sozialist empfunden. So bin ich erzogen worden. Ich habe immer geglaubt, dass es nur einen Weg gibt, in einer Gesellschaft zu leben, indem man Gleichheit zwischen den Menschen schafft, damit jeder ein erfülltes Leben leben kann ohne Unterschiede und Benachteiligung. Als ich entdeckte, dass es in Israel Diskriminierung von verschiedenen Gruppen von Bürgern und zwischen verschiednen Regionen gibt, protestierte ich dagegen. Dann fand ich heraus, dass nicht weit von mir Menschen in erdrückender Armut leben, in einem Teufelkreis stecken, dem sie kaum entrinnen können und verurteilt sind, da zu bleiben (wo sie sind), nur weil Politiker und ihre Unterstützer dies so entschieden haben. Nach einer wunderbaren Musikstunde dachte ich, wie wunderbar die Welt wäre, wenn ich mit jedem diese meine Gefühle teilen könnte. Dann erinnerte ich mich daran, dass es Menschen gibt, für die eine musikalische Ausbildung wie die meine nur ein Traum ist. Dann wurde mir klar, dass ich anderen Musikunterricht geben muss. Deshalb machte ich ein freiwilliges Jahr in Kiryat Gat, einer anderen benachteiligten Stadt im Negev, wo ich 30 „gefährdeten Jugendlichen" im Alter von 18 Musikunterricht gab.

Und dann, nachdem ich diesen jungen Leuten das gegeben habe, was mir am meisten Freude machte, wurde ich gerufen, um jungen Palästinensern genau dies zu rauben. Mein Staat, der Staat Israel, ist dabei, die Palästinenser von jeder Art eines normalen Lebens, ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbildung ... zu berauben. Sicher, der Staat Israel beraubt auch seine armen jüdischen Bürger eines normalen Lebens, indem es sein Budget in erster Linie für die Expansion der Siedlungen und für die Aufrechterhaltung der Besatzung verbraucht.

Ich weigere mich, irgend jemandem die Möglichkeit zu versagen, die jedermanns Recht sein sollte. Ich sehe den Militärdienst als genaues Gegenteil dessen an, was ich in meinem Jahr des freiwilligen Dienstes getan habe. In der Armee zu dienen, bedeutet für mich, das ungeschehen zu machen, was ich guten Glaubens getan habe.

Eines der klarsten Statements von Tolstoi in seiner Novelle „ Krieg und Frieden" ist, dass historische Entscheidungen nicht von Führern alleine gemacht werden. Dass die Entscheidungen der Führer ein Teil eines größeren Ganzen von Entscheidungen ist, an dem jeder teilhat, der sich mit in der Situation befindet. Für mich hat dieses Statement nicht nur Gültigkeit für Analysen historischer Ereignisse, sondern auch für die Frage der eigenen Verantwortung, wann immer ich großen Entscheidungen gegenüberstehe. Da gibt es keinen Zweifel in mir, dass die Entscheidung, ein anderes Volk zu kolonisieren, unmoralisch und korrumpierend ist. Dies ist die Grundlage für alle unmoralischen Taten der Armee (IDF), die das Werkzeug ist, mit dem diese Entscheidungen erfüllt werden, und dass diese Entscheidung die Hauptursache aller palästinensischen Terroraktivitäten ist. Aber die Frage der Verantwortung ist viel komplexer. Meine Überzeugung ist, dass jeder, der sich an der Besatzung beteiligt, für diese verantwortlich ist, daher auch für den Terror mitverantwortlich ist. Ich denke nicht, dass das, was den Leuten in den Bergen südlich Hebron widerfährt, mehr oder weniger schrecklich ist als das, was israelischen Kindern geschieht, die durch einen Selbstmordattentäter getötet werden. Beide Aktionen sind gleich schreckliche, vorausgeplante Gräueltaten, die kaltblütig ausgeführt werden, um politische Ziele zu erreichen. Aber ich weiß auch, dass diese beide Aktionen den selben Ursprung haben und wenn ich mich für den Militärdienst einschreibe, bin ich für beides verantwortlich.

***

Schlusswort: An dem Abend, an dem ich mich entschied, den Militärdienst zu verweigern, war ich zu Hause und beobachtete meinen 1 Jahr alten Bruder Daniel, wie er seine ersten Schritte machte. Keine Worte können meine Gefühle dieses Augenblicks beschreiben, aber ich erinnere mich, wie ich mir vorstellte, dass er lesen, schreiben und musizieren wird und wie wir gemeinsam Ausflüge machen werden. Im Hintergrund berichtete das israelische Fernsehen von den Geschehnissen der Woche. Es war Freitagabend. Ich sah, wie palästinensische Kinder Steine gegen monströse israelische Panzer warfen und wie sie dafür beschossen wurden. Riesige, raffinierte Militärmaschinen waren eifrig damit beschäftigt, die Infrastruktur und was von den palästinensischen Städten übrig geblieben ist, zu zerstören, einschließlich Schulen und Krankenhäuser. Dutzende von Leuten werden täglich getötet und verletzt.

An jenem Abend wurde mir klar, wenn ich in die Armee gehe, dann beraube ich diese Kinder all dessen, wovon ich für meinen Bruder träume. Sogar die für uns selbstverständlichsten Dinge, ohne die wir uns das tägliche Leben nicht mehr vorstellen können, wird von ihnen genommen: Wohnung, Nahrung, Unterhaltung, Gesundheit und die persönliche Sicherheit. Ich könnte nicht mehr sagen, dass ich meinen Bruder liebe, ich könnte niemals mehr von einer glücklichen Kindheit für ihn träumen, wenn ich an einem System teilnehme, das andere Kinder unterdrückt. Weil an einem Ort, wo kleine Kinder nachts aus ihren Betten gerissen und als Gefangene gehalten werden, um aus ihren Eltern wahre oder falsche Geständnisse herauszupressen, es keinen Platz für Kindheit gibt. Und ich will nie an etwas teilnehmen, das solch einen Ort schafft. Aber das ist noch nicht alles. Die Ereignisse, von denen ich Ihnen erzählte, sind nur ein kleiner Teil von dem, was ich weiß - und das ist nur ein kleiner Teil dessen, was wirklich geschieht.

Kolonialisierung hat immer Protest hervorgebracht, der niemals endete, bevor die Besatzung endete. Terror beeinflusst unser Leben in sämtlichen Bereichen und verursacht die Entartung der israelischen Gesellschaft. Die Fortdauer und Aufrechterhaltung der Besatzung bedeutet Fortdauer und Aufrechterhaltung des Terrors.

Immer wieder bin ich von israelischen Führern betrogen worden, die uns Frieden versprochen und ihr Wort nicht gehalten haben. Ich beobachte den Verfall des Staates Israel. Ich will nicht teilnehmen an der Schaffung eines Ortes, wo mein Bruder, wenn er das Haus verlässt, jederzeit verletzt werden kann.

Ich weiß nicht, was die israelische Regierung mit der fortgesetzten Weigerung, die Besatzung zu beenden, zu erreichen versucht - oder beim andauernden Begehen der schrecklichsten Verbrechen gegen die palästinensische Bevölkerung. Ist es der Wunsch, einen „freiwilligen Transfer" zu verursachen oder den Geist des palästinensischen Volkes und die Hoffnung nach Unabhängigkeit und Freiheit zu brechen? Ich weiß es nicht. Nur eines weiß ich, dass aus diesen schlimmen, korrupten und unmoralischen Aktionen nur Schlimmes kommen kann. Ich kann daran nicht teilnehmen. Ich kann mich nicht daran erinnern, wie oft ich mit meinem kleinen Bruder während der 5 Monate langen Haft gesprochen habe, um ihm, dem dreijährigen Kleinkind, zu erklären, warum ich ihn nicht besuchen kann. Aber wenn er größer ist, werde ich in der Lage sein, ihm zu sagen, dass ich das alles für ihn getan habe und dass ich keine andere Wahl hatte.

•

E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Das **Angehörigen Info** erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V.i.S.d.P. : Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift u. Bestellungen :** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel.: (040)43188820, Fax : (040) 43188821, E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de **Herausgeber :** Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postfach 1205, 55002 Mainz, Fax: (0 61 31) 60 42 32. – Einzelpreis : 1,55 Euro. Ein Jahresabonnement kostet 29,90 Euro (Förderabonnement 33,20 Euro), Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt. Bei Bestellung erhalten Sie eine Rechnung bzw. ein Formular für eine Einzugsvollmacht, die Sie uns bitte zurückschicken. Verlagskonto: Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kontonummer: 25265-201. **Herstellung und Drucklegung :** GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 19 4. ***Redaktionsschluss für Nr. 282: So, 8.2.2004***